

THE Zurich GLOBALIST

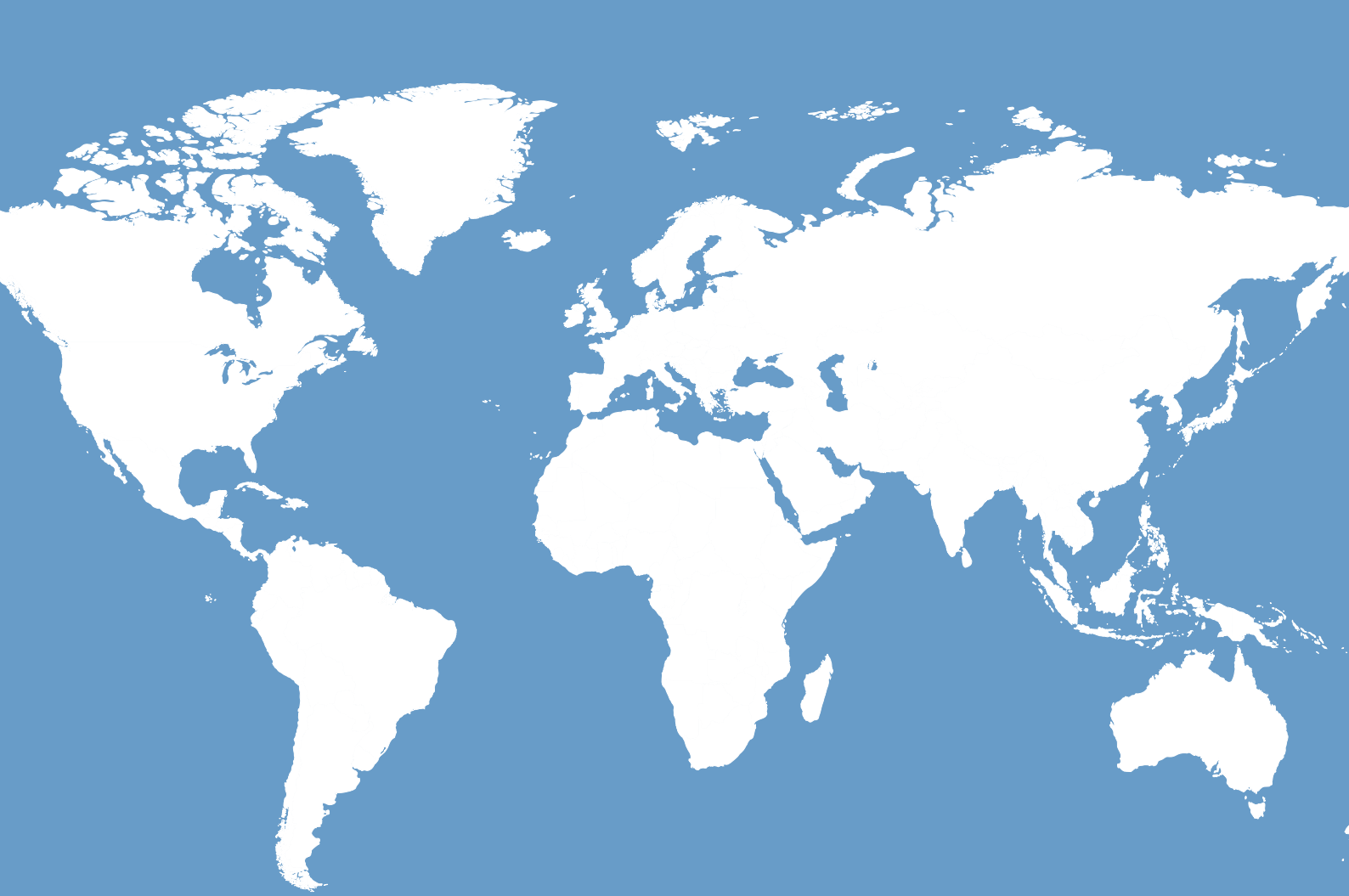
Herbstsemester 2011

Neutralität in einer sich verändernden Welt

Peacekeeping und Neutralität – ein Widerspruch?

von Pablo Padrucci

Stimmen aus Israel • On ne s'improvise pas diplomate • 骑驴找马 – reite Esel,
suche Pferd • Dietro le quinte del Parlamento Europeo • Moral am Boden



The Zurich Globalist is a member of

Global21

Network of International
Affairs Magazines
www.global21online.org

1 NETWORK
LINKING
FUTURE
WORLD
LEADERS

6 LANGUAGES

6 CONTINENTS

15 UNIVERSITIES

278 000 STUDENTS

Yale University • University of Toronto • University of Sydney • Hebrew University • Institut d'Études Politiques de Paris •
London School of Economics • Peking University • University of Cape Town • University of South Australia •
University of Oxford • Instituto Tecnológico Autónomo de México • Ibmec University • ITSEM •
Singapore Management University • University of Zurich

Editorial

Willkommen auf den Seiten des ersten Zurich Globalist.

Es ist mir eine immense Freude, das vorliegende Studierendenmagazin an der Universität Zürich vorzustellen. Es legt seinen Fokus auf die internationale Arena, ist Teil eines globalen Netzwerkes und stellt gleichzeitig ein rein lokales Projekt dar. Der *Zurich Globalist* bietet Studierenden aller Fach- und Interessenrichtungen eine Plattform, um jedes Semester erneut Austausch und Diskussion über Themen von internationaler Relevanz zu ermöglichen und zu fördern. Er tut dies als Mitglied einer weltumspannenden Gemeinschaft von gleich gesinnten Publikationen, welche ausgehend von der Universität Yale eine Vielzahl von akademischen Instituten verbindet und diese zum Dialog über die brennenden Fragen unserer Gegenwart einlädt. Dabei ist der *Zurich Globalist* fest in Zürich verwurzelt, wurde er doch von Studierenden dieser Stadt geschaffen und wird von ihnen betrieben und verlegt.

Diesem Zusammenspiel von internationaler Verbundenheit und lokaler Identität ist auch das Thema unserer ersten Ausgabe entsprungen – *Neutralität in einer sich verändernden Welt*. Kaum ein Konzept wird auf internationale Ebene so stark mit der Schweiz assoziiert, wie das der Neutralität; sei dies nun gerechtfertigt oder nicht. Umso überraschender, wenn der Schweizer Botschafter in Ägypten im Gespräch mit dem *Globalist* lieber von «Unabhängigkeit» als von Neutralität spricht (S.12). Und auch wenn Pablo Padrutt im Leitartikel dieser Ausgabe (S.4) für mehr Schweizer Engagement in der militärischen Friedensförderung plädiert, mutet dies zuerst kontraintuitiv an. Doch wo ist der Widerspruch? Dass Neutralität zudem kein exklusiv völkerrechtliches Konzept ist, zeigt uns Jonas Rey mit Blick auf die «Ressource» Internet (S. 32).

Neben dem Leitthema widmet sich diese Ausgabe zudem unserem Heimatkontinent Europa, wirft einen Blick auf internationale Kooperation in der Wissenschaft und gibt Einsichten in die Kultur der chinesischen Mittelschicht. Auch haben wir Stimmen zu jüngsten Geschehnissen vor Ort gesammelt – in Belgrad, nach der Verhaftung Mladics und in Israel, vor der eventuellen Anerkennung Palästinas als Staat vor der Uno.

Ich wünsche unseren Lesern eine spannende Lektüre, und dem *Zurich Globalist* ein herzliches Willkommen in Zürich.



Stefan Brunner
Redaktionsleiter

Impressum

Herausgeber

Verein Zurich Globalist
Rämistrasse 66
CH-8001 Zürich
info@zurichglobalist.org
www.zurichglobalist.uzh.ch

Projektleitung

Nicolas Zahn

Redaktionsleitung

Stefan Brunner

Layout

Christian Müller und Stefan Brunner

Editoren

Christian Müller
Damien Callegari
Nicolas Hintermann
Nikola Ciganović
Sebastian Müller
Thomas Lo Russo

Druck

Onlineprinters GmbH
Rudolf-Diesel-Straße 10
91413 Neustadt a. d. Aisch
Deutschland

Ausgabe

Nr. 1 / HS 2011

Auflage

2000 Exemplare

Text Umschlag

Brockhaus - Die Enzyklopädie in 30 Bänden.
21., neu bearbeitete Auflage. Leipzig,
Mannheim: F. A. Brockhaus 2005-06.
Der Text des Umschlages zeigt den Eintrag
«Neutralität».

Bilder sind, falls nicht anders vermerkt,
Eigentum der Fotografin/des Fotografen.

Inserate / Sponsoring

fundraising@zurichglobalist.org
www.zurichglobalist.uzh.ch/fundraising.html

Unterstützung

- Mercator Stiftung:
Wir danken der Mercator Stiftung für die im Rahmen des Projekts Engagier Dich! gewährte Unterstützung.
- Institut für Politikwissenschaft, UZH:
Wir danken dem Institut für Politikwissenschaft für die grosszügige Unterstützung des Drucks der vorliegenden ersten Ausgabe.

Danksagungen

- Universität Zürich:
Wir danken der Universität Zürich für die Unterstützung unseres Projekts.
- Die Autoren danken folgenden Personen:
Stefan Brunner:
 - Dominik Furgler, EDA
 - Shamir YanayNicolas Zahn:
 - Marco Wyss, CSSMarija Suvajdzic:
 - Peter ZmakNikola Ciganović:
 - Kip S. Thorne

Inhalt

Neutralität

- 4 **Peacekeeping und Neutralität – ein Widerspruch?**
Pablo Padrutt
- 8 **Das getrübe Visier des Sicherheitsrates**
Nicolas Zahn
- 12 **Sprechen wir über Ägypten ...**
Stefan Brunner
- 16 **Adéquation et légitimité de la pratique suisse du droit international de la neutralité**
Patrick Matthey

Vor Ort

- 20 **Die Verhaftung Mladics**
Marija Svoajdzic
- 23 **Stimmen aus Israel**
Nicolas Hintermann



Wissenschaft & Kultur

- 26 **Den Urknall hören**
Nikola Ciganović
- 29 **骑驴找马 – reite Esel, suche Pferd**
Hua Lan
- 32 **La neutralité d'Internet – vit-elle ses dernières heures?**
Jonas Rey

Europa

- 36 **On ne s'improvise pas diplomate**
Pascal Scheiwiller
- 38 **Der Mythos der Wasserprivatisierung**
Kathrin Lehner
- 41 **Deutschland, Europa und die Welt**
Sebastian Müller
- 43 **Dietro le quinte del Parlamento Europeo**
Alina Matachè

Kolumne

- 46 **Moral am Boden**
Manouchehr Shamsrizi



Peacekeeping und Neutralität – ein Widerspruch?

Pablo Padrutt argumentiert, dass die Schweizer Beiträge zur militärischen Stabilisierung und zum Schutz der Zivilbevölkerung in Krisengebieten immer noch ungenügend sind. Dabei sei die militärische Friedensförderung unter Uno-Mandat nachweisbar wirksam und zudem ein kosteneffizientes Mittel zur Wahrung der Schweizer Sicherheit, welches in keinem Widerspruch zu völkerrechtlicher Neutralität steht.

Als im 17. Jahrhundert Religionskriege Europa verwüsteten, versprach die Tagsatzung der Alten Eidgenossenschaft den kriegführenden Mächten, keine Seite militärisch zu unterstützen. Dieses politische Versprechen richtete sich hauptsächlich an das heimische Publikum: Durch eine neutrale Haltung sollte verhindert werden, dass der fragile Bund zwischen katholischen und protestantischen Kantonen auseinanderbreche. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Anzahl zwischenstaatlicher Konflikte weltweit stetig abgenommen. Mit ihnen schwindet auch der aussen- und sicherheitspolitische Stellenwert der Neutralität, welche die Nichteinmischung in Kriege

zwischen Staaten postuliert. Innenpolitisch jedoch hat die Neutralität in der Schweiz eine identitätsstiftende Funktion erhalten und ist kaum aus dem sicherheitspolitischen Diskurs wegzudenken.

Obwohl bewaffnete Konflikte zwischen Staaten immer seltener geworden sind, wird die Neutralität in der Schweizer Politik immer noch als Totschlag-Argument gegen friedensfördernde Einsätze der Schweizer Armee benützt. Völkerrechtlich steht einer Schweizer Beteiligung an Einsätzen unter einem Mandat der Vereinten Nationen (Uno) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) jedoch nichts im Weg. Neutralitäts-



Bild links:
Peacekeepers der Uno (MINUSTAH) wahren die Stabilität in Bel Air, einem krisengeschüttelten Slum von Port-au-Prince. Bild: United Nations Photo.

politisch hat sich die Schweiz eine zusätzliche Beschränkung auferlegt, die allerdings auch ein aktiveres Engagement mit bewaffneten Einheiten nicht ausschliesst. Gute Gründe dafür gibt es genug: Die Forschung zeigt, dass *Uno-Peacekeeping* sehr wirksam ist. Auch aus sicherheitspolitischen Eigeninteressen ist die neutrale Schweiz gut beraten, sich stärker zu beteiligen.

NEUTRALITÄTSRECHT – KEIN HINDERNIS FÜR BEITRÄGE ZUM PEACEKEEPING

Mit der laufenden Kodifizierung einer internationalen Rechtsordnung wurden auch die Rechte und Pflichten neutraler Staaten definiert. Die Haager Abkommen von 1907 schreiben vor, dass ein neutraler Staat nicht an kriegerischen Handlungen teilnehmen, keine fremden Truppen auf seinem Territorium tolerieren und keiner Militärallianz beitreten darf. Im Gegenzug garantieren die kriegführenden Mächte eine Nichtverletzung dessen territorialer Integrität. Private Unternehmen auf dem Hoheitsgebiet eines neutralen Staates dürfen mit kriegführenden Staaten freien Handel betreiben, selbst mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial. Der neutrale Staat hat jedoch alle kriegführenden Parteien gleich zu behandeln, so auch bezüglich Handelsbeschränkungen für militärisch nutzbare Güter.

Das Haager Neutralitätsrecht ist bindend und bis heute in Kraft: Es bildet den völkerrechtlichen Rahmen der Schweizer Neutralität. Es kommt allerdings nur bei bewaffneten Konflikten zwischen Staaten zur Anwendung. Dank internationalem Krisenmanagement sind diese glücklicherweise eine seltene Erscheinung geworden. Die grosse Mehrheit der heute vorherrschenden Konflikte findet vielmehr innerhalb eines Staates statt. In solchen nicht internationalen, bewaffneten Konflikten sind neutrale Staaten nicht an ihre völkerrechtlichen Neutralitätspflichten gebunden.

Bei jeglicher Art von bewaffneten Konflikten sind neutrale Staaten ausserdem von ihren Neutralitätspflichten befreit, sobald ein militärischer Einsatz auf ein Mandat des Uno-Sicherheitsrats abgestützt ist. Die Uno ist als universelle Organisation keine kriegführende Partei im völkerrechtlichen Sinn: Der Uno-Sicherheitsrat wahrt vielmehr im Auftrag der Staatengemeinschaft Frieden und Sicherheit und kann dafür im äussersten Fall militärische Zwangsmassnahmen bewilligen. Alle zwingenden Beschlüsse des Sicherheitsrats binden auch Neutrale und gemäss Völkergewohnheitsrecht sogar Nicht-Mitglieder wie den Vatikanstaat. So erlaubte jüngst auch die neutrale Schweiz den Überflug von Militärmaschinen, welche das Uno-Mandat zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung umsetzten. Im Fall eines zwischenstaatlichen Krieges wie der US-Intervention im Irak im Jahr 2003 wurden solche Überflugrechte unter Berufung auf die Schweizer Neutralität verweigert, da kein Uno-Mandat vorlag. Ein Mandat der Uno oder der OSZE ist denn auch ge-

mäss schweizerischem Militärgesetz die Grundvoraussetzung für einen friedensfördernden Einsatz der Schweizer Armee.

Die Einhaltung des völkerrechtlich bindenden Neutralitätsrechts stellt für einen neutralen Staat sozusagen den zwingenden Minimalstandard dar. Um ihre permanente Neutralität noch nachdrücklicher zu demonstrieren, hat die Schweiz sich darüber hinaus freiwillige, nicht bindende Pflichten auferlegt. Diese werden als Neutralitätspolitik bezeichnet und können per Definition je nach aussen- und sicherheitspolitischen Bedürfnissen flexibel gestaltet werden.

NEUTRALITÄTSPOLITIK – ZURÜCKHALTUNG ODER ROSINENPICKEREI?

Während das Neutralitätsrecht keine Einschränkungen für die Beteiligung an friedensfördernden Einsätzen unter Uno-Mandat vorgibt, war die Schweizer Neutralitätspolitik in den vergangenen 60 Jahren ausgesprochen restriktiv. So beteiligte sich die Schweiz bis zur Jahrtausendwende nur in sehr geringem Umfang an internationalen Friedensmissionen. Seit 1953 beobachteten Schweizer Offiziere zusammen mit Vertretern anderer neutraler Staaten die innerko-

Aufgrund ihres mangelnden Engagements wird die Schweiz immer wieder als Rosinenpickerin und Trittbrettfahrerin kritisiert.

reanische Grenze. Auch an Beobachtermissionen der Uno und der OSZE hat sich die Schweizer Armee seither beteiligt. Dabei handelte es sich allerdings meist nur um vereinzelte Offiziere, welche als unbewaffnete Beobachter entsandt wurden.

Erst mit dem Kosovo-Konflikt, der die Brutalität und die Vermeidbarkeit aktueller interner Konflikte auch für die Schweizer Bevölkerung spürbar machte, wurde die neutralitätspolitische Passivität in kleinen Schritten überwunden. Die Entsendung einer ganzen Kompanie der Schweizer Armee und deren spätere Bewaffnung stellten Meilensteine im Schweizer Krisenengagement dar. Die *Swisscoy*, die im Rahmen der Nato-Operation *Kosovo Force* (Kfor) unter einem Mandat des Uno-Sicherheitsrats im Kosovo die Stabilität wahrt, darf allerdings nur zum Selbstschutz Gewalt anwenden und nicht etwa um wehrlose Zivilisten vor allfälligen Übergriffen zu schützen.

Darin liegt die Krux des Schweizer Engagements im *Peacekeeping*: Während Bundesverfassung und Militärgesetz festlegen, dass sich die Schweizer Armee an der Friedenserhaltung beteiligt, war der politische Wille dazu bisher gering. Gemessen an der Anzahl aktiver Angerhöriger der Armee, entsendet die Schweiz rund zehn Mal weniger Personal in friedensfördernde Einsätze als die ebenfalls neutralen Staaten Finnland und Österreich. Auch eine Bewaffnung zur Erfüllung des Auftrags wird durch die Schweizer Politik häufiger eingeschränkt: Während

der bewaffnete Schutz der Zivilbevölkerung, beispielsweise von Flüchtlingslagern, in den heutigen Einsätzen stärker gewichtet wird (sogenannte robuste Mandate), durften Schweizer Soldaten bisher ausschliesslich zum Selbstschutz Gewalt anwenden.

Aufgrund ihres mangelnden Engagements wird die Schweiz immer wieder als Rosinenpickerin und Trittbrettfahrerin kritisiert. Diejenigen, welche die Schweizer Beiträge zur militärischen Friedensförderung weiterhin einschränken wollen, legen dies meist als neutralitätspolitische Zurückhaltung aus. Allerdings ist die einzige neutralitätspolitische Einschränkung, die im schweizerischen Militärgesetz festgehalten wurde, der Ausschluss von Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung. Heute werden fast alle *Peacekeeping*-Einsätze mit robusten Mandaten ausgestattet, die auch auf zwingenden Massnahmen gemäss Kapitel VII der Uno-Charta beruhen. Darauf abgestützt können auch Schweizer Armeeinghörige aktive, bewaffnete Schutzaufgaben wahrnehmen. Ausgeschlossen ist hingegen eine Beteiligung an Kampfhandlungen im Rahmen von *Peace Enforcement*, wie sie die Uno 1950 als Antwort auf die Aggression Nordkoreas gegen Südkorea und 1991 des Iraks gegen Kuwait gebilligt hat.

Das schwache Schweizer Engagement als zurückhaltende Neutralitätspolitik auszulegen, fällt

schwer: Die meisten heutigen Konflikte finden innerhalb von Staaten und nicht zwischen Staaten statt. Mit Ausnahme der Friedenserzwingung gibt es denn auch keine neutralitätspolitischen, gesetzlichen Einschränkungen für eine grössere Beteiligung in *Peacekeeping*-Einsätzen. Seit der Jahrtausendwende hat der Bundesrat immer wieder eine Verdoppelung der bescheidenen Anzahl Schweizer Armeeinghöriger für die militärische Friedensförderung angekündigt: von rund 250 auf 500. In anderen neutralen Staaten Europas mit wesentlich kleineren Armeen tendiert diese Zahl gegen den vierstelligen Bereich. Doch selbst diese bescheidenen Pläne werden immer noch nicht erfüllt: dem Parlament fehlt der politische Wille. Dabei gäbe es für die neutrale Schweiz gute Gründe, sich stärker am internationalen Krisenmanagement zu beteiligen: *Peacekeeping* ist wirksam und sowohl friedens- und entwicklungspolitisch als auch sicherheitspolitisch entscheidend.

ERWIESEN WIRKSAM – UNO-PEACEKEEPING

Die meist innerstaatlichen Konflikte unserer Zeit fordern vor allem zivile Opfer und verursachen auch wirtschaftlich enorme Kosten für das betroffene Land, dessen Nachbarn und die internationale Gemeinschaft. Wenn Frieden geschlossen wird oder,



Bild links: *Peacekeepers* der Uno-Mission im Sudan (UNMIS) patrouillieren im Gebiet Abyei, das zwischen Nord- und Südsudan umstritten ist. *Bild:* United Nations Photo.

was seltener vorkommt, eine Seite militärisch ob-
siegelt, ist ein Postkonfliktland aber noch lange nicht
stabilisiert: In der Hälfte aller Fälle brechen die
Kampfhandlungen innerhalb des ersten Jahrzehnts
erneut aus.

In gross angelegten, statistischen Untersuchun-
gen hat der renommierte Entwicklungsökonom und
Konfliktforscher Paul Collier zusammen mit Anke
Hoeffler und Måns Söderbom 2006 untersucht, wel-
che Faktoren in einem Postkonfliktland über Stabi-
lisierung oder Rückfall entscheiden. Längerfristig
ist wirtschaftliche Entwicklung die beste Versiche-
rung gegen bewaffnete Konflikte. Während des kri-
tischen ersten Jahrzehnts nach einem Konflikt sind
Staat und Wirtschaft jedoch noch zu schwach, um
die dafür nötige Stabilität zu garantieren. So konn-
ten die Forscher nachweisen, dass eine Verdoppelung
der Ausgaben für *Uno-Peacekeeping*, also für militä-
rische Friedensförderung unter *Uno-Flagge*, die Ge-
fahr eines Rückfalls im Schnitt von rund 40 auf 30
Prozent senkt.

Uno-Peacekeeping und andere friedensfördernde
Einsätze unter *Uno-* oder *OSZE-Mandat* sind ent-
scheidend für die Nachkriegsstabilisierung. Nach
einem Konflikt schafft diese Stabilität die nötige
Grundlage für soziale und wirtschaftliche Entwick-
lung. Verglichen mit den Kosten eines erneut auf-
flammenden Konflikts sind die Investitionen in diese
Einsätze vernachlässigbar. Da dieser grosse Nutzen

Uno-Peacekeeping und andere friedensfördernde Einsätze unter Uno- oder OSZE-Mandat sind entscheidend für die Nachkriegsstabilisierung.

der gesamten internationalen Gemeinschaft zugu-
te kommt, die Kosten jedoch nicht von allen gleich
stark getragen werden, ist *Peacekeeping* ein globa-
les öffentliches Gut, ähnlich wie Massnahmen ge-
gen den Klimawandel, oder die Überfischung der
Weltmeere. Globale Güter können nur in der nöti-
gen Menge bereitgestellt werden, wenn das Trit-
tbrettfahren eingeschränkt wird und alle Profiteure in
die Verantwortung genommen werden. Die Schweiz
als prosperierendes, stabiles Land steht klar in die-
ser Verantwortung. Aufgrund der veränderten Be-
drohungslage sprechen aber auch sicherheitspoliti-
sche Eigeninteressen für ein stärkeres Engagement.

EINE VERÄNDERTE BEDROHUNGSLAGE FÜR DIE SCHWEIZ

Dank einer historisch einzigartigen Erfolgsgeschich-
te politischer und wirtschaftlicher Integration in Eu-
ropa ist die Schweiz im Herzen des Kontinents so
sicher wie noch nie zuvor. Allen Unkenrufen zum
trotz vereinigt sich Europa nicht nur wirtschaft-
lich, sondern auch in fast allen sicherheitsrelevanten
Bereichen. Von polizeilichen Aufgaben über die
Rüstungsindustrie bis hin zur Nato-Territorialver-
teidigung, im unwahrscheinlichen Ernstfall einer

externen Aggression, sind die Staaten Europas si-
cherheitspolitisch eng verflochten. Obschon sich
die Schweizer Politik nur langsam darauf einstellt,
kann ein konventioneller Landkrieg in ihrer Nach-
barschaft auf absehbare Zeit nahezu ausgeschlossen
werden.

Sicherheit und Stabilität der Schweiz können je-
doch von bewaffneten Konflikten und politischer
Gewalt an den Grenzen Europas und auch in ent-
fernten Regionen beeinträchtigt werden. Techno-
logischer Fortschritt und Globalisierung haben die
Welt im Guten wie im Schlechten kleiner werden
lassen: Organisiertes Verbrechen, bewaffneter Ex-
tremismus, Verbreitung gefährlicher Waffen, kon-
fliktbedingte Flüchtlingswellen, starke Schwankun-
gen von Rohstoffpreisen und Einschränkungen des
internationalen Handels haben auch auf die Schweiz
spürbare Auswirkungen. Diese Herausforderungen
fussen oft in Konflikten, die zumindest geografisch
weit entfernt sind. Es liegt daher im nationalen Inte-
resse der Schweiz, die Sicherheitsprobleme im inter-
nationalen Verbund dort zu lösen, wo sie ihren Ur-
sprung haben.

Ein stärkeres Engagement der Schweizer Armee
in friedensfördernden Einsätzen unter *Uno-* oder
OSZE-Mandat steht nicht im Widerspruch mit der
Schweizer Neutralität. Die militärische Friedens-
förderung kostet im Vergleich zu den anderen Ar-
meeaufgaben wenig, bringt aber einen hohen Nutzen
für die Sicherheit der Schweiz sowie für Frieden und
Stabilität in krisengeschüttelten Gebieten. Die neut-
rale Schweiz muss ihre Verantwortung wahrnehmen:
Ein Ausbau der militärischen Friedensförderung ist
überfällig.

Pablo Padrutt

Studiert *Advanced Studies in Development and
Cooperation* (MA), ETH Zürich
Initiator des *Zurich Globalist*

Das getrüübte Visier des Sicherheitsrates

Die unterschiedlichen Reaktionen des Uno-Sicherheitsrates auf die jüngsten Geschehnisse in Libyen und Syrien sind auf den ersten Blick nicht unbedingt nachvollziehbar. Nicolas Zahn sieht genauer hin und erkennt Pragmatismus am Werk.

Gross war der Jubel in Tripolis und in weiten Teilen der restlichen Welt, als die libyschen Rebellen die Stadt nach langen Kämpfen und durch Unterstützung der Nato, welche auf einer Resolution des Uno-Sicherheitsrates beruhte, einnahmen. Auch wenn sich der libysche Übergangsrat erst noch beweisen muss und der Ausgang dieser Revolution noch in den Sternen steht, frohlockte man im Westen über die «geglückte» Intervention.

Angespornt durch den «offensichtlichen Erfolg», richtete sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auch wieder auf andere Schauplätze des Widerstandes gegen autoritäre Regime. *Die Zeit* schrieb, dass «Diktatoren [...] sich nach Gaddafis Ende etwas weniger sicher fühlen [werden]» und forderte: «Jetzt muss Assad stürzen». Der von amerikanischen Studierenden der Rechtswissenschaften ins Leben gerufene Blog *The Student Appeal* hat ein Einschreiten des Sicherheitsrates in Syrien und Einbezug des Internationalen Strafgerichtshofes gefordert. Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch* fordern schon lange härtere Sanktionen gegen Bachar al-Assad und in einem Interview mit dem *Council on Foreign Relations* forderte Andrew Tabler vom *Washington Institute for Near Eastern Policy* Sanktionen gegen Syrien. Anne-Marie Slaughter schrieb in ihrem Blog *Notes from the Foreign Policy Frontier*, dass die internationale Gemeinschaft eine Pflicht habe, Bürger auch gegen den Willen ihrer Regierungen zu schützen und sieht das Konzept der Souveränität im Wandel.

Diese Forderungen erstaunen auf den ersten Blick nicht: Sowohl Libyen als auch Syrien stellen Musterbeispiele für Staaten dar, die sich in krasser Weise internationalen Regeln widersetzen. Beide Staaten erlangten durch Medienberichte über schwere Menschenrechtsverletzungen und andere Vergehen gegen internationales Recht traurige Berühmtheit. Dennoch unterscheidet die beiden Fälle vor allem eines: die Reaktion der internationalen Gemeinschaft, am stärksten wahrgenommen in der Form von durch den Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen.

UN-PARTEIISCH?

Innerhalb der doch recht komplexen Hierarchie der Vereinten Nationen nimmt der Sicherheitsrat eine Sonderrolle ein, ist er ja nach Artikel 24 der Uno-Charta hauptverantwortlich für «die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit». Diese hohe Verantwortung macht ihn zu einem beliebten Ziel für Kritik. Das Problem hierbei ist besonders, dass «Weltfrieden» und «internationale Sicherheit» natürlich unterschiedlich breit definiert werden können. Während manche Kritiker dem Sicherheitsrat Untätigkeit vorwerfen, ist anderen jede Sanktion eine zu viel.

Als Friedensbedrohung im Sinne von Artikel 24 sehen progressive Völkerrechtler wohlgermerkt auch systematische Menschenrechtsverletzungen. Zur Erfüllung seiner Pflichten kann der Sicherheitsrat legitime Sanktionen gegen Staaten und andere Akteure verhängen. Dazu gehören auch militärische Massnahmen nach Kapitel VII der Uno-Charta oder das berühmte *Peacekeeping*, welches Pablo Padrutt im

Innerhalb der Vereinten Nationen nimmt der Sicherheitsrat eine Sonderrolle ein, ist er ja hauptverantwortlich für «die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit».

Leitartikel dieser Ausgabe näher untersucht. Nach Artikel 33 der Uno-Charta wird allerdings immer zuerst versucht, friedliche Lösungen zu finden.

Im Fall Libyens konnte man sich in Form der Sicherheitsratsresolutionen 1970 und 1973 durchringen, nicht mehr länger den Menschenrechtsverletzungen zuzuschauen und sich zum Schutz der Zivilbevölkerung mit einer Flugverbotszone und weiteren Sanktionen zu engagieren. Die Gewalt autorisierende Resolution wurde allerdings von den Mitgliedsstaaten unterschiedlich breit ausgelegt und die damit legitimierten Aktionen der Nato haben sicherlich massgeblich zum Sieg der Rebellen beigetragen.

Im Fall von Syrien hat sich der Sicherheitsrat bereits mehrmals getroffen, klare Sanktionen sind indes noch nicht zu Stande gekommen. Am 3. August veröffentlichte der Sicherheitsrat immerhin ein *Presidential Statement*. Diese Art von Dokument ist im Gegensatz zu Resolutionen nicht bindend und kommt häufig zum Einsatz, wenn durch ein angedrohtes oder antizipiertes Veto eines ständigen Ratsmitglieds die Verabschiedung einer Resolution unwahrscheinlich ist. Diese «Untätigkeit» im Fall Syriens hat dem Sicherheitsrat harsche Kritik von Menschenrechtsorganisationen und auch Forschern eingebracht. Denn

Kommentatoren Mühe haben. Da seine Administration, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, um einige Uno-freundlicher ist, darf man davon ausgehen, dass US-Aktionen zum Schutz der Menschenrechte wohl auch durch den Sicherheitsrat koordiniert würden und nicht unilateral durchgeführt werden sollen.

Klar ist auch, dass sich insbesondere Menschenrechtsverletzungen in der vernetzten und ständig informierten Welt kaum mehr verstecken lassen. Menschen berichten mit wackliger Handykamera und *Twitter*-Posts über Unterdrückung in die ganze Welt. Dies führt dazu, dass der Ruf nach Eingriff



weshalb soll jemand nicht für etwas bestraft werden, das verboten ist? Es steht der Vorwurf im Raum, dass der Sicherheitsrat nicht unparteiisch Sanktionen verhängt, sondern nur bestimmte Staaten bestraft, während die «Günstlinge» der Grossmächte ungeschoren davon kommen.

HOHE ANSPRÜCHE AN DEN SICHERHEITSRAT...

In der Tat scheint es eine Diskrepanz zu geben zwischen den Forderungen der Weltöffentlichkeit an den Sicherheitsrat und dessen Handlungen.

Nicht nur Menschenrechtsorganisationen und gewisse Politikwissenschaftler sehen generell den Sicherheitsrat verpflichtet, bei Menschenrechtsverletzungen einzuschreiten. Gemäss einer in *Global Views 2010* publizierten Umfrage des *Chicago Council on Global Affairs* sind 66 Prozent der US-Amerikaner [sic] der Meinung, «*the United Nations has a responsibility to protect people from severe human rights violations such as genocide even against the will of their own government.*» In seiner aktuellsten *Presidential Study Directive* vom 4. August 2011 erhob US-Präsident Obama die Verhinderung von Genozid gar zu einem «*core national security interest*» und einer «*moral responsibility*» – eine Vorstellung, mit der einige

fen der Uno immer lauter wird und ein Versäumnis des Sicherheitsrates, seinen «moralischen Verpflichtungen» nachzukommen, umso härter von der Weltöffentlichkeit kritisiert werden kann.

Die Forderungen an den Sicherheitsrat lassen sich allgemeiner zusammenfassen: Es soll möglichst unparteiisch und unvoreingenommen entschieden werden, folglich sollen gleiche Delikte gleich geahndet werden. Deshalb sollte der Sicherheitsrat auch in Syrien einschreiten – so die Überlegung.

...UND DIE REALITÄT

Wie der Sicherheitsrat bei schweren Menschenrechtsverletzungen eingreift, hat sich im Verlauf der Zeit verändert. Während des Kalten Krieges und seines bipolaren Systems, verhinderten Vetos und Uneinigkeit der Grossmächte zahlreiche Sanktionen. Dieser inaktiven Zeit folgte eine kurze Periode des Aktionismus, mit humanitären Einsätzen in verschiedenen Krisenregionen und dem Aufkommen des Prinzips der *Responsibility to Protect* (R2P). Nach Misserfolgen in Somalia und Ruanda folgte eine Phase der Ernüchterung, jedoch sind Eingriffe zum Schutz der Menschenrechte auch heute vorstellbar und etabliert.

Bild rechts:
Der Norwegian Room des UN-Sicherheitsrates in New York.
Bild: United Nations Photo.

Nicht nur Zynikern muss aber klar sein, dass der Sicherheitsrat ein politisches Gremium und als solches per Definition nicht unparteiisch ist. Deshalb nun aber anzunehmen, er solle nur dem Willen seiner mächtigsten Mitglieder folgen, wäre zu einfach. Denn der Sicherheitsrat sollte bei seinen Entscheidungen auch gewisse durch die Uno-Charta vorgeschriebene Regeln befolgen. Schaut man sich diese Regeln etwas genauer an, so scheint der naiv wirkende Anspruch unparteiischer Entscheidungen gar nicht mehr so weit hergeholt. Fündig wird man in Artikel 40 der Uno-Charta, welcher den Sicherheitsrat zu Beschlüssen ohne «*prejudice*» auffordert. Gewisse Politikwissenschaftler leiten aus dieser Formulierung den Anspruch ab, dass der Sicherheitsrat unparteiisch zu entscheiden habe. Dies würde bedeuten, dass der Sicherheitsrat Situationen unvoreingenommen untersucht und alle Subjekte gleich behandelt, gleiche Vergehen folglich auch gleich bestraft.

Neben den moralischen Aspekten, welche man etwas zynisch als unbedeutend abtun könnte, gibt es aber auch andere Gründe, die für ein unparteiisches Verhängen von Sanktionen durch den Sicherheitsrat sprechen. Ein wichtiger davon ist die Legitimität dieses Gremiums. Die der Schule des Realismus entsprungene Vorstellung, dass der Sicherheitsrat sich nicht um die Meinung der Weltöffentlichkeit und seine Glaubwürdigkeit, sondern nur um die Interessen seiner Mitglieder zu scheren habe, rührt aus einer Zeit der klaren Machtverhältnisse her, als diese auch im Sicherheitsrat klar repräsentiert waren. Die Glaubwürdigkeit dieses Gremiums, welche durch ungleiche Entscheide strapaziert würde, kann aber durchaus auch als wichtige Ressource gesehen werden. Schliesslich gelten Sanktionen, welche der Sicherheitsrat beschliesst, als legitim – sogar die neutrale Schweiz erklärt sich zu deren Durchsetzung bereit. Akteure auf der ganzen Welt wenden sich an den Sicherheitsrat, weil sie wissen, dass seine Entscheidungen Gewicht haben. Gleichzeitig beginnt die Legitimation des Sicherheitsrates, insbesondere der ständigen Mitglieder und ihres Vetorechts, durch aufstrebende Regionalmächte, welche sich nur unzureichend im «Club der Mächtigen» vertreten sehen, zu bröckeln. Wenn klar wird, dass Entscheidungen des Sicherheitsrates nicht im Geringsten unparteiisch gefällt werden, sondern einmal eingegriffen wird und ein andermal nicht, dann sinkt die Legitimität noch viel stärker, mit der Folge, dass Entscheide des Sicherheitsrates nicht mehr ernst genommen werden könnten. Stattdessen könnten ähnliche, regionale Institutionen gestärkt werden, was wohl insbesondere für die Menschenrechte – welche ja von einigen Staaten immer noch nicht als universell anerkannt werden – schwerwiegende Konsequenzen hätte.

TAKING A CLOSER LOOK

Wie so oft sind die Situationen nicht immer so einfach und klar, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Gibt es eventuell Unterschiede zwischen Li-

byen und Syrien oder sonstige Gründe, welche die unterschiedliche Handlungsweise des Sicherheitsrates wenn nicht legitimieren, so doch wenigstens verständlich machen könnten?

Beide Staaten verfügen praktisch seit ihrer Entstehung über autokratische Regierungen – in Syrien herrschte rund 50 Jahre lang das Notstandsgesetz – und befanden sich damit bis vor kurzem in guter Gesellschaft in der Region. Dem Arabischen Frühling begegneten beide Regierungen mit harten, menschenrechtsverletzenden Repressionen. Trotz Reformversprechungen hatte man offensichtlich keine Lust, seine privilegierte Position zu verlieren.

Während in Libyen eine immer besser organisierte Rebellenarmee gegen den ehemaligen Machthaber Gaddafi kämpfte, sind es in Syrien Aufstände der Zivilbevölkerung und abtrünnige Soldaten, die al-Assad zu brutalem Durchgreifen veranlassen. Da Sanktionen darauf abzielen dürften die Regimes zu schwächen, schwingt bei einer solchen Entschei-

Das militärische Engagement in Libyen zeigte keine schnell vorzeigbaren Erfolge. Wer möchte sich also zusätzlich noch in Syrien engagieren.

dung – und gerade in diesem Kontext von Revolutionen und Aufständen – der Gedanke an die Zukunft des Landes nach dem aktuellen Regime mit. In dieser Beziehung unterscheiden sich die Länder zwar in den «Gegnern» des Regimes, jedoch sind beide Staaten innenpolitisch sehr kompliziert aufgestellt – Libyen mit einer Stammesstruktur und Syrien mit vielen verschiedenen Religionsgruppen, welche bisher durch das Ein-Parteiensystem unterdrückt wurden. Heftige Konsequenzen bei einem Fall der alten Regierung scheinen also in beiden Staaten sehr wahrscheinlich, was den Ratsmitgliedern einige Kopfschmerzen bereiten dürfte.

War es vielleicht so, wie Jim Lindsay vom *Council on Foreign Relations* mutmasste: «*Arab Spring vs. Geopolitics*»?

Obwohl beide Staaten Öl fördern und exportieren, fällt die Rolle des Öls in Libyen mehr ins Gewicht. Gemäss dem *CIA Factbook* hält Libyen den 15. Rang der Ölexportierenden Staaten, während Syrien auf Rang 56 rangiert. Hat sich der Sicherheitsrat also zu einem militärischen Engagement hinreissen lassen, weil ständige Mitglieder am libyschen Öl interessiert sind? Angst vor einem akuten Öl-Mangel fällt durch die gesteigerte Förderung Saudi Arabiens, welche die ausfallende libysche Menge kompensiert, als Motiv weg. Libyen produziert zwar nur rund zwei Prozent der globalen Nachfrage, verfügt allerdings über die grössten Reserven auf dem afrikanischen Kontinent. Kontrolle über die libyschen Öl- und Gasvorkommen scheint ein mächtiges Motiv: So scheint sich der besonders engagierte Einsatz Frankreichs – dessen Engagement in der Elfenbeinküste noch in guter Erinnerung sein dürfte – nun durch exklusiven Zugang zu rund einem Drittel der libyschen Vorkommen bezahlt zu machen.



Die geopolitische Bedeutung beider Staaten lässt sich nicht verneinen. Allerdings ist Syrien auf viel komplexere Weise in die regionale Machtstruktur eingebettet – beispielsweise über Beziehungen zum Iran. Gaddafi hingegen galt in der Arabischen Liga – ein wichtiger Player, der bei Sanktionen einbezogen werden sollte – schon länger als Aussenseiter. Seine teils wirren Statements und Drohungen dürften noch in guter Erinnerung sein. Sanktionen gegen sein Land haben klar eine geringere Wahrscheinlichkeit, wichtige Player in der Region zu erzürnen. Auf der anderen Seite gibt es viele Stimmen, welche mit einem hohen Grad an regionaler Instabilität rechnen, falls al-Assad fällt. Sind es also strategische Überlegungen, welche moralische Bedenken neutralisieren?

Marco Wyss vom *Center for Security Studies* in Zürich sieht für das Ausbleiben von militärischen Sanktionen gegen Syrien eine weitere pragmatische Erklärung. Das militärische Engagement in Libyen zeigte keine schnell vorzeigbaren Erfolge. Wer möchte sich also zusätzlich noch in Syrien engagieren, wenn man ohnehin schon genug Probleme bei schwindenden und überbeanspruchten militärischen Ressourcen hat? Auch wenn nun Gaddafi nicht mehr an der Macht ist, bleibt immer noch abzuwarten, wie erfolgreich die militärischen Eingriffe des Westens waren. Die bereits zum Zeitpunkt der Finanzkrise bestehenden Budgetprobleme haben sich durch die Schuldenkrise der Staaten weiter verstärkt und Kürzungen im Rüstungsetat sind salonfähig geworden. Dadurch akzentuiert sich das ohnehin vorhandene Kapazitätsproblem der Nato.

Eine weitere Erklärung liefert Colum Lynch in seiner *Turtle Bay* Kolumne bei *Foreign Policy*. Der Sicherheitsrat habe nach den Sanktionen gegen Libyen einen «hangover». Insbesondere die immer weitergehende Ausdehnung der militärischen Sanktionen stösst einigen Ratsmitgliedern – namentlich China und Russland – sauer auf, wie auch Pressestatements des russischen Botschafters belegen. Schliesslich sollen so wenige Präzedenzfälle wie möglich, in Bezug auf Sanktionen gegen die Unterdrückung innerstaatlicher Protestbewegungen, geschaffen werden.

WIE GEHT'S WEITER?

Die oben aufgeführten Überlegungen suggerieren, dass der Sicherheitsrat bei Langem nicht so unparteiisch handelt, wie sich das manche wünschen mö-

gen. Partikuläre Interessen und strategische Überlegungen scheinen den Ton anzugeben. Böse Zungen werden sagen, dass es naiv sei, jemals etwas anderes erwartet zu haben. Der Sicherheitsrat scheint der realistischen Modellierung gerecht zu werden. Rein institutionell ist auch klar, dass Sanktionen nur bei Einigkeit der ständigen Ratsmitglieder zu Stande kommen können und diese Einigkeit fehlt im Falle Syriens. Im Gegensatz zum Fall Libyen herrscht ein politischer *deadlock*, mit angedrohten Vetos beispielsweise des russischen Botschafters.

Dass harte Sanktionen des Sicherheitsrates bisher fehlen, bedeutet aber nicht, dass sich die internationale Gemeinschaft um die Situation in Syrien foutiert. So können einzelne Staaten oder Staatengruppen ebenfalls Sanktionen verhängen, wie dies die USA und die EU in beiden Fällen getan haben. Die Arabische Liga kritisiert al-Assad scharf und die Türkei, einstiger Verbündeter, wendet sich ab. Nach den aktuellsten Ereignissen in Libyen und der Anerkennung des nationalen Übergangsrates durch Russland stehen die Chancen für Sicherheitsrat-Sanktionen gegen Syrien eventuell besser. Nach der Ausweitung der Sanktionen einzelner Ratsmitglieder ist es nun endlich an der Zeit, dass auch der Sicherheitsrat zumindest einen Teil der an ihn gestellten Ansprüche erfüllt und Sanktionen ausspricht.

Selbst wenn er dies eventuell noch tun wird, haben die Fälle von Libyen und Syrien vor Augen geführt, dass der Sicherheitsrat seinen Auftrag zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht immer adäquat ausführt. Generell wäre ein entpolitisierteres, mehr nach Regeln und früheren Entscheiden geleitetes, «unparteiisches» Entscheiden des Sicherheitsrates wünschenswert. Hier kommen die *rule of law* Debatte und anstehende Sicherheitsrat-Reformen ins Spiel. Der *rule of law* Ansatz möchte die Macht von Akteuren bändigen und stattdessen Regeln einführen, welche für alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft gleich gelten. Ein solches Vorgehen ist natürlich besonders für Staaten interessant, welche nicht als Grossmächte gehandelt werden, da sie sich so einen relativen Machtgewinn erarbeiten können. Es erstaunt deshalb kaum, dass beispielsweise auch die Schweiz diesen Ansatz häufig verfolgt und innerhalb der Uno vorantreibt. Geplante Sicherheitsratsreformen greifen diesen Ansatz teilweise auf und fordern mehr Transparenz im Sicherheitsrat. Bisher hatten es Reformen immer schwer, doch möchte der Sicherheitsrat so relevant bleiben, wie er es momentan ist, muss er sich den Handlungsbedarf eingestehen.

Man darf gespannt sein, ob Mittel gefunden werden, das getrübe Visier des Sicherheitsrates zu reinigen. Gelegenheit dies zu überprüfen, dürfte man leider auch in Zukunft zur Genüge haben.

Nicolas Zahn

BA in Politikwissenschaft, Universität Zürich

Bild rechts:
Steckt der Uno-Sicherheitsrat fest? Ein Uno-Fahrzeug im afrikanischen Wüstensand.
Bild: United Nations Photo.

Sprechen wir über Ägypten ...

Stefan Brunner spricht mit Dominik Furgler, Botschafter der Schweiz in der Arabischen Republik Ägypten, über die Rolle der persönlichen und politischen Neutralität, die Wahlchancen der Muslim-Bruderschaft und die schwierige Aufgabe der ägyptischen Jugend.

Wenn ich mit Ägyptern spreche, hat jeder so seine Geschichte, wo er war, als Omar Suleiman Mubaraks Rücktritt verkündete. Wo waren Sie an diesem Abend?

Da war ich hier in der Botschaft und hab die Ereignisse draussen am Fernseher live verfolgt. Wir waren während der Revolutionstage eigentlich nonstop hier. Ich habe hier geschlafen, mit dem Schlafsack auf der Matratze, denn unsere Botschaft ist ja mitten im Zentrum, am nächsten zum Tahrir Platz von allen. Wir konnten oft nicht hinaus, weil hier gekämpft wurde und es gebrannt hat.

Hatten Sie bei Ihrem Amtsantritt je über ein Ägypten ohne Mubarak nachgedacht?

Man hat natürlich schon vorher spekuliert, Mubarak stirbt oder wird so krank, dass er versucht seinem Sohn Gamal die Macht zu übergeben. Aber mit dem Szenario hier hat niemand gerechnet. Das muss man mir nicht erzählen.

Gab es einen Moment, in dem Sie sich dachten: «Warum gerade während meiner Amtszeit?»

(Lacht) Nein, nein. Ich habe nicht gedacht, wieso in meiner Zeit. Aber ich sage mir heute wenn schon, dann zum Glück in meiner Zeit! Denn es ist enorm spannend und eröffnet uns jetzt neue Arbeitsfelder. Es lief schon vorher viel bilateral mit der Schweiz, aber jetzt läuft besonders viel und das mag ich.

Die politische Macht im Land ist jetzt in den Händen des Militärs, in Form des Supreme Council of the Armed Forces. Haben Sie Kontakt zu diesem Gremium?

Nein. Wir haben natürlich Kontakte zum Militär, aber ich muss ehrlich sagen, nicht direkt zum Supreme Council. Dieser ist extrem zurückhaltend im Kontakt mit Botschaften. Er kommuniziert hauptsächlich über die Medien und mit innenpolitischen Gruppierungen. Gesprächs-Anfragen von Botschaf-

ten und gar ausländischer Minister werden regelmässig abgelehnt, der Zugang ist äusserst restriktiv.

Wie erklären Sie sich diese Zurückhaltung?

(Überlegt) Eine Erklärung ist wahrscheinlich, dass Politik nicht ihr Kerngeschäft ist. Der Transitionsprozess ist schwierig und abhängig von unterschiedlichen Interessen, zu denen sie sich gerade gegenüber ausländischen Vertretern nicht äussern wollen. Die Militärs haben jetzt zwar die höchste politische Verantwortung, aber ich bin nach wie vor überzeugt, dass sie wieder in die Kasernen zurück wollen. Ob sie es dann am Schluss wirklich tun, hängt davon ab, was jetzt im Transitionsprozess geschieht, ob das Land nachhaltige Stabilität und Sicherheit erlangt und ob die Rolle gesichert ist, die sie für sich wollen.



Dr. iur. Dominik Furgler
Seit 2009 Botschafter der Schweiz in der Arabischen Republik Ägypten.



Sie sehen also wirklich den Willen des Militärs die politische Macht wieder abzugeben?

Ich denke schon, dass die Militärs die Macht wieder abgeben wollen an einen Präsidenten, an ein gewähltes Parlament. Aber natürlich mit gewissen Sicherungen. So arbeiten sie jetzt beispielsweise an einem Set von Verfassungsprinzipien, welche die künftige verfassungsgebende Versammlung zwingend zu beachten hätte. Darin wird unter anderem die Rolle der Armee festgeschrieben, und die wird wichtig sein.

Sie sprechen die für September geplanten Wahlen an. Ich habe mit einigen Ägyptern gesprochen und immer wieder Bedenken gehört, Wahlen im September seien zu früh, man habe, von der Muslim-Bruderschaft abgesehen, nicht genug Zeit um politische Parteien zu gründen.

Ich denke, das stimmt natürlich schon. Wenn gewählt wird im September oder auch ein paar Monate später, werden ausser der Muslim-Bruderschaft nicht viele bereit sein. Es sind zwar viele Namen da, aber ich sehe keine Parteiprogramme, ich sehe keine Kan-

didaten, und die Muslim-Bruderschaft ist sehr gut organisiert. Man hat beim Verfassungsreferendum gesehen, dass die enthusiastische «Revolutions-Jugend» zwar hier in Kairo einigermaßen vernetzt ist, auf dem Land ist sie jedoch völlig abwesend. Obwohl sie sich dessen jetzt bewusst ist, wird sich das wahrscheinlich nicht wesentlich ändern, weil man Leute, eine Organisation und Finanzen braucht. All das hat die Muslim-Bruderschaft. Diesbezüglich hat sie einen grossen Vorteil.

Die ganze arabische Welt schaut jetzt auf Ägypten und vor allem auf diese Wahlen. Glauben Sie, eine verfrühte Wahl könnte ein schlechtes Beispiel in andere Länder senden?

Wenn verfrüht heisst, dass sich keine echte Auswahl an politischen Parteien etablieren konnte oder dass die Wahlen schlecht organisiert oder überwacht waren, dann ja. Das angekündigte Wahlsystem sieht eher komplex aus und ist noch immer umstritten. Wenn man hingegen einmal sagen kann, das ist sauber gelaufen, die Leute konnten frei wäh-

Bild oben:

Ein Demonstrationszug nähert sich dem Tahrir Platz im Cairo des post-Mubarak Ägyptens.
Fotograf: Stefan Brunner.

len und die Ergebnisse werden akzeptiert, dann wäre dies ein starkes Zeichen gegenüber anderen Ländern. Im Moment kann man aber nicht sagen, wie es herauskommt.

Bevor ich das Thema der politischen Neutralität anspreche, würde ich gerne über den persönlichen Aspekt von Neutralität sprechen. Sie sind schon relativ lange im diplomatischen Dienst. Fällt Ihnen da ein Moment ein, in dem es Ihnen besonders schwer fiel persönlich neutral zu bleiben?

(Lacht) Gerade hier in Ägypten war es für mich nicht ganz einfach, den Volksentscheid gegen die Minarette zu vertreten. Persönlich war ich anderer Meinung als die Mehrheit meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger, und dass der Entscheid die Muslime diskriminiert, das schmeckt keine Geiss weg. Aber ich bin Demokrat und professionell genug um zu wissen, dass ich den Entscheid als Demokrat zu respektieren und als Vertreter der Schweiz sachlich zu erklären habe. Deshalb habe ich in meinen Gesprächen einerseits klar gemacht, dass ich persönlich die Haltung von Regierung und Parlament (die ja dagegen waren) teile und Verständnis für die Enttäuschung und Verärgerung meiner Gesprächspartner habe; andererseits habe ich mich aber nicht für den Entscheid entschuldigt und versucht zu erklären, was die verschiedenen Beweggründe dafür waren. Keine leichte Aufgabe, aber ich glaube, sie erfolgreich gelöst zu haben. Zu Beginn waren die Reaktionen gegen die Schweiz heftig, aber schon bald mässigte sich der Ton und es wurde teilweise sogar gewisse Selbstkritik geäussert.

War das auch in den mainstream Medien ein Thema, nicht nur in politisch interessierten Kreisen, sondern auch auf der Strasse?

Ja, das war in allen Zeitungen, im Fernsehen. Ich habe am Morgen nach der Abstimmung einen Termin verlangt beim Grossscheich von al-Azhar, beim Religionsminister und beim Grossmufti. Die drei haben mich am selben Mittag zwei Stunden lang zusammen empfangen, vor allen Medien und laufenden Kameras (lacht). Drei Wochen lang belagerten mich die Medien bei jedem öffentlichen Auftritt. So war das natürlich schon ein öffentlich debattiertes Thema.

Sprechen wir über die Idee der politischen Neutralität, die ja im Schweizer Selbstverständnis einen hohen Stellenwert einnimmt. Wie realistisch ist denn Ihrer Meinung nach politische Neutralität noch? Ist es nicht schon ein obsoletes Konstrukt?

Nein, das denke ich nicht. Politische Neutralität bedeutet ja nicht, dass wir uns einfach nicht äussern. Aber eigentlich interessiert eher unsere «Unabhängigkeit». Mir sagt man im Ausland oft: «Dass ihr neutral seid und euch nicht einmischt, das interessiert uns eigentlich nicht, sondern dass ihr unabhängig seid und eigenständig denkt.» Was wichtig ist, auch hier in Ägypten, ist die Unabhängigkeit der Schweiz. Wir sind nicht Teil eines grossen Interessen-Blocks, wir haben eine eigene Meinung. Man schätzt auch unsere Transparenz und dass wir keine *hidden agenda* haben. Das macht uns zu einem glaubwürdigen Partner.

Kommen wir zum Abschluss nochmals nach Ägypten zurück. Wenn Sie ein worst case und ein best case Szenario benennen müssten, wie würden diese Aussehen?

Worst case, dazu möchte ich eigentlich nichts sagen. Aber *best case*, da erhoffe ich mir schon in 15 Jahren, oder sagen wir in einer Generation, eine gefes-

Bild unten:

Die neue Generation. Ein junger Ägypter auf dem besetzten Tahrir Platz. Fotograf: Stefan Brunner.





tigte Demokratie. Und dafür braucht es meiner Meinung nach zweierlei. Zum einen – und da kann man kurzfristig schon viel machen – das ganze Regelwerk: Verfassung, Gesetze die Pluralismus vorsehen, saubere Wahlen. Das ist das Grundgefüge. Und das kann man jetzt bald ein erstes Mal testen. Aber das zweite ist eigentlich schwieriger. Ich meine, um eine Demokratie zu haben, wie wir uns das vorstellen, braucht es ja auch unabhängige Wähler. Und die 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung, die mit zwei Dollar pro Tag oder weniger leben, sind keine unabhängigen Wähler. Sie geben ihre Stimme für Gratistomaten oder Medikamente, wer kann es ihnen verübeln?

Deshalb braucht es Wirtschaftsentwicklung, braucht es Bildung. Ein Hauptgrund der Revolution waren ja eben soziale Missstände. Die zu ändern ist eine immense Aufgabe. Ich bin überzeugt, dazu braucht es eine Generation, bei bester Arbeit.

Stefan Brunner
 Studiert Politikwissenschaft (BA),
 Universität Zürich

Bild oben:
 In einer Seitengasse in Kairo wird ein Transparent vorbereitet.
 Fotograf: Stefan Brunner.



Bild unten:
 Freitagsgebet auf dem wiederbestzten Tahrir Platz. Fotograf: Stefan Brunner.

Adéquation et légitimité de la pratique suisse du droit international de la neutralité

La neutralité constitue l'une des caractéristiques les plus fréquemment citées à l'évocation de l'Etat fédéral suisse. Il s'agit cependant d'une notion extrêmement complexe que les différentes conceptions et interprétations peuvent métamorphoser. Auteur d'une recherche juridique sur la neutralité suisse dans un contexte international, Patrick Matthey revient sur cette question.

Élément de l'identité nationale et symbole de la politique étrangère helvétique, la Suisse est forte d'une pratique historique de la neutralité – celle de la neutralité perpétuelle. Celle-ci n'en reste pas moins un concept délimité par des instruments juridiques internationaux: depuis les Conventions de La Haye de 1907, la Suisse possède des instruments formels qui imposent et garantissent les bornes impératives de la neutralité. Si ces traités internationaux sont le résultat de la transcription d'une longue pratique internationale antérieure, leur contenu très lacunaire a laissé une large importance à la pratique coutumière. Nous allons donc nous interroger sur la situation, l'adéquation et la légitimité de la neutralité et sur la pratique qu'en fait la Suisse actuellement.

Formellement, la neutralité n'a jamais été définie dans aucun traité ou autre instrument juridique international, les parties se contentant de faire des déclarations politiques et se bornant à édicter les droits et les devoirs d'un concept largement entendu mais imprécis. Pour certains, tel Georg Friedrich von Martens la neutralité était conçue comme une égale collaboration des parties tandis que pour d'autres, tel que Johann Kaspar Bluntschli, la neutralité consistait en une abstention totale de soutien aux belligérants. En 1898, une année seulement avant les premières Conventions de La Haye, c'est au suédois Richard Kleen de donner une définition précise et englobante de la neutralité: «La neutralité est la situation juridique dans laquelle un Etat pacifique est, autant que possible, laissé en dehors des hostilités qui ont lieu entre deux Etats belligérants, et s'abstient lui-même de toute participation et ingérence dans leur différend, en observant vis-à-vis d'eux une stricte impar-

partialité. Chaque Etat qui, dans une semblable situation, reste en dehors d'un état de guerre, est neutre».

Selon la définition de Kleen, la neutralité est une «situation juridique». Cela signifie qu'un Etat qualifié de neutre peut opposer, et se voir opposer, des droits et des obligations devant une instance juridique (Cour internationale de justice ou arbitrage, par exemple). Ainsi, l'état de neutralité ne peut être simplement une prolongation de la paix mais constitue un état juridique particulier issu de cette situation exceptionnelle qu'est la guerre.

De cette définition découlent les deux principes, complémentaires et indissociables, sous-tendant tout le droit de la neutralité: les devoirs d'abstention et d'im-

Droits et devoirs sont corrélativement liés: si l'Etat neutre a des droits c'est parce que le belligérant a des devoirs, et inversement.

partialité. Ces devoirs de l'Etat neutre lui donnent également des droits, notamment celui d'être laissé «autant que possible» en dehors des hostilités par les Etats belligérants. La neutralité étant une situation incertaine dans un contexte de guerre ayant forcément des répercussions à son égard, elle exige un équilibre et un consensus sur les garanties données par les deux parties: si une partie a le désir et le droit naturel de vouloir ne pas être impliquée dans un conflit, l'autre partie doit pouvoir être sûre que l'Etat neutre ne profite pas de la situation et s'abstienne de toute participation aux hostilités. Droits et devoirs sont corrélativement liés: si l'Etat

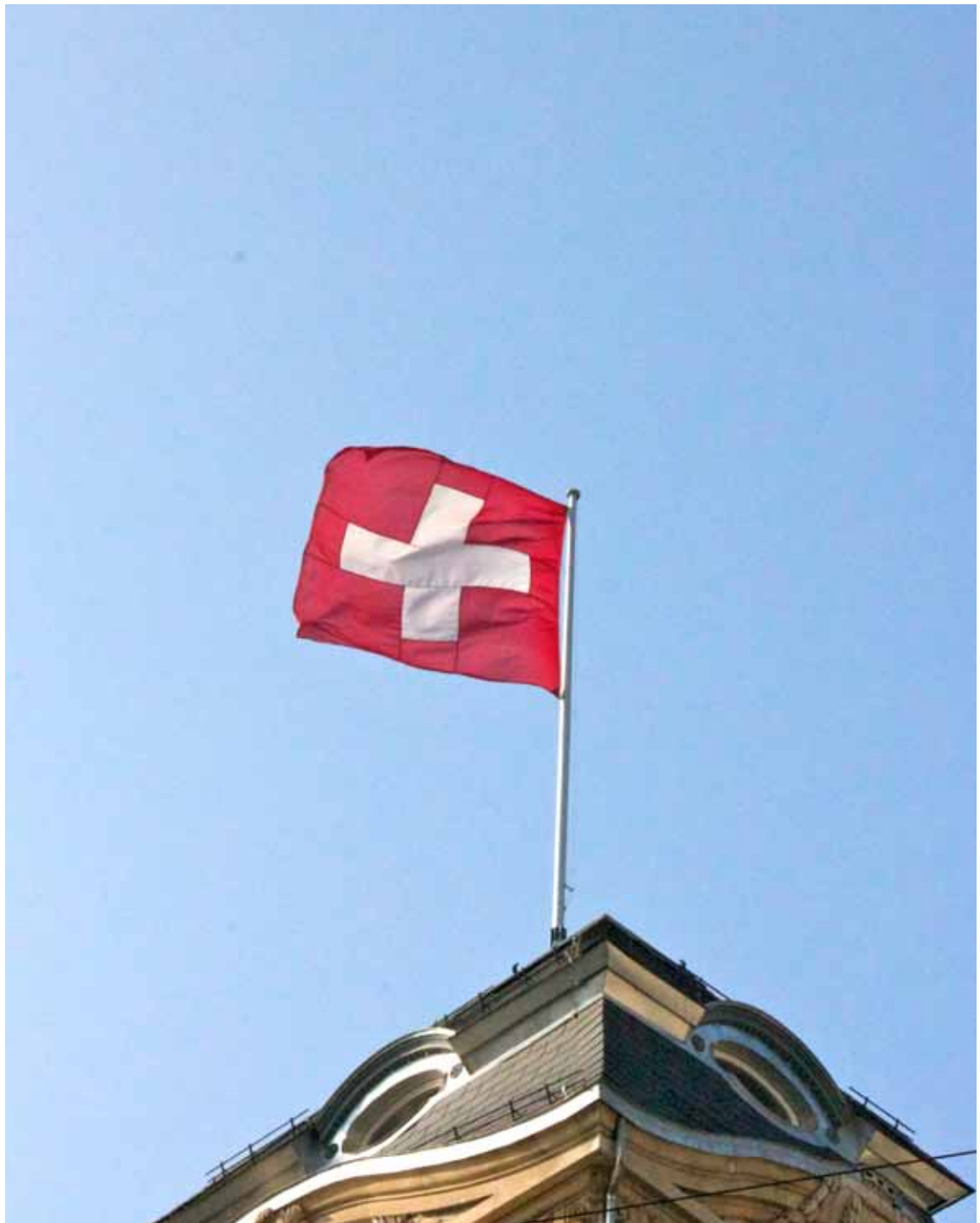
neutre a des droits c'est parce que le belligérant a des devoirs, et inversement.

La neutralité peut être considérée sous deux aspects différents et interdépendants: le point de vue juridique et le point de vue politique. Les droits de la neutralité ont

Si un Etat ne peut plus être absolument neutre, il est encore possible d'opter pour un régime de neutralité partielle.

été établis et développés pour répondre à une nécessité politique: certains Etats, les plus petits étant incapables d'assurer seuls leur défense, ont un besoin vital d'instruments leur permettant de protéger et légitimer leur

volonté de ne pas participer à un conflit. Cette nécessité s'est concrétisée dans l'élaboration puis la transcription de règles internationales. Sur la base de ces normes juridiques, les Etats ont ainsi pu élaborer des institutions et des politiques leur permettant de garantir leur indépendance, leur intégrité et, surtout, leur existence. En ce sens, les normes juridiques sont le fondement de la politique de la neutralité des Etats, ces deux composantes n'étant que des moyens au service d'objectifs nationaux. Pour la Suisse, selon le *Rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 90*, «[d'un] point de vue historique et constitutionnel, [la neutralité juridique et politique] n'a cependant jamais été pour notre pays un but en soi, mais un instrument parmi d'autres,



Ci-contre,
drapeau Suisse
– symbole de
neutralité (?).
Photographe: An-
drea Gassmann.

mis en œuvre par la Suisse pour permettre d'atteindre ses objectifs véritables, qui sont en particulier de préserver son indépendance dans toute la mesure du possible». La Constitution Suisse actuelle énonce dans ses buts que l'objectif de l'Etat est de préserver son indépendance, pas sa neutralité. La neutralité n'est qu'une tâche que les organes de l'Etat fédéral doivent préserver: ils doivent prendre les mesures nécessaires pour «préserver la sécurité extérieure, l'indépendance et la neutralité de la Suisse». Pour cela, ils ont donc développé une politique de neutralité.

Cette dernière consiste à conforter politiquement le statut juridique de l'Etat neutre pour permettre de faciliter la mise en œuvre du droit par toutes les parties. Comme l'a toujours rappelé le Conseil fédéral, l'Etat neutre reste libre d'apprécier et de définir sa politique de neutralité. Cependant, s'il est libre d'en choisir les moyens, il ne peut en désigner les objectifs car ceux-ci lui sont imposés par le régime juridique de la neutralité auquel il a souscrit.

C'est la politique de neutralité qui poussa le gouvernement suisse à interpréter de façon restrictive les devoirs découlant du droit de la neutralité et qui le poussa à s'obliger lui-même de supporter plus d'obligations que ne le lui prescrivait le droit international conventionnel. Cependant, cette extension de ses devoirs n'est issue que d'une volonté politique. Ainsi, puisqu'il ne s'agit pas de la mise en œuvre d'une obligation juridique, elle n'institue pas des droits opposables par un Etat. Le gouvernement de l'Etat neutre reste ainsi libre d'en modifier l'ampleur et la portée selon sa volonté. Cet aspect moins précis du droit lui a permis d'interpréter et d'appliquer un régime plus ou moins restrictif de sa neutralité suivant ses besoins, passant d'une neutralité intégrale à une neutralité partielle. Le problème est que ces pratiques anarchistes peuvent mener à des différences d'interprétation, comme lors du conflit au Kosovo en 1999 où la Suisse et l'Autriche n'ont pas adopté le même comportement alors qu'ils étaient tous deux neutres.

Face aux changements de son environnement européen et au développement de la coopération mondiale, le Conseil fédéral suisse a dû revoir son interprétation des droits et devoirs qu'impliquait la neutralité helvétique afin de redéfinir une politique extérieure plus adéquate à notre époque. Les lacunes du droit conventionnel et l'importance de sa pratique lui ont permis de faire évoluer le droit en réadaptant sa conception du régime du droit international de la neutralité et d'adopter ainsi une nouvelle pratique. Au vu de l'évolution du système mondial à la fin du XX^e siècle (fin de la guerre froide, nouvelles menaces, interdépendances accrues dans les relations internationales, etc...), une neutralité interprétée et pratiquée de manière intégrale (absolue, très contraignante) devenait de moins en moins légitime et de plus en plus inefficace à garantir la sécurité et l'indépendance de la Suisse. La nécessité d'un changement se faisait sentir puisque le monde changeait lui aussi. C'est pourquoi la neutralité devait être réadaptée –c'est-à-dire réinterprétée de façon moins restrictive et laisser place à une neutralité partielle permettant ainsi une plus grande liberté d'action: la nouvelle conception, qui est toujours

en vigueur de nos jours, ne fait désormais plus obstacle à une coopération renforcée en matière de politique de sécurité. Cette évolution repose essentiellement sur la constatation du rapport sur la neutralité de 1993, en annexe du rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 90, selon laquelle une participation au système de sécurité collective instauré par la Charte et la pratique coutumière de l'ONU, ainsi qu'une participation à des sanctions économiques en dehors de l'ONU, notamment celles décidées dans le cadre de l'Union européenne et de l'OSCE, n'entreraient pas en contradiction avec la neutralité.

Le fait que ce droit n'ait plus fait l'objet de Conventions internationales depuis celles de La Haye en 1907, malgré l'évolution considérable de la situation juridique et politique au cours du XX^e siècle, porte atteinte à sa légitimité en laissant une trop grande place à la coutume, à l'interprétation et à la pratique. Le droit conventionnel de la neutralité traite uniquement de l'attitude des Etats durant les conflits armés et fait l'impasse sur la prépa-

Le droit conventionnel de la neutralité est un droit qui, vu l'importance de ses lacunes et de son inadaptation au nouvel ordre mondial, nécessiterait de faire l'objet de nouveaux accords internationaux.

ration des mesures de défense en temps de paix. Il ne pouvait également concevoir les problèmes que soulèveraient les nouvelles technologies: quels sont les droits et devoirs d'un Etat neutre face à la menace nucléaire ou aux effets collatéraux d'une explosion atomique? Le survol du territoire par un missile constitue-t-il une violation du territoire? Des attaques terroristes ou informatiques sont-elles couvertes par le droit de la neutralité?

La neutralité fait face à une véritable crise: au vu de l'évolution des relations internationales, de la situation actuelle de sécurité et de son inadaptation, est-elle encore un instrument légitime et adéquat? Juridiquement, oui. Si un Etat ne peut plus être absolument neutre à cause de l'art.2 §5 de la Charte de l'ONU, il est encore possible d'opter pour un régime de neutralité partielle. Le fait que le droit de la neutralité soit largement basé sur la coutume ne porte pas atteinte à sa qualité de droit mais le rend simplement plus compliqué à prouver. Si, certes, les Conventions de La Haye de 1907 sont dépassées et inadaptées à la situation sécuritaire actuelle, elles n'en demeurent pas moins valables dans leurs principes généraux. Politiquement, la réponse est sujette à controverse. En effet, il devient de plus en plus difficile de trouver une raison d'être à la neutralité face à l'accroissement de la solidarité et de la sécurité collective. La neutralité suisse éprouve d'autant plus fort ce sentiment que son régime de neutralité n'est pas adapté à son environnement européen: certains Etats neutres se sont largement impliqués dans la sécurité et la défense collective, comme par exemple la Suède qui considère sa participation aux mesures de l'UE compatible avec son statut juridique de neutralité inférieur à la prééminence des mesures communautaires. Mais nous laissons ici la question ouverte.

Le droit conventionnel de la neutralité est un droit qui, vu l'importance de ses lacunes et de son inadaptation au nouvel ordre mondial, nécessiterait de faire l'objet de nouveaux accords internationaux. Si nous voulons que les Etats se revendiquant d'un statut de neutralité n'adoptent pas d'interprétation différente ni de pratique inégale et entièrement subordonnée à leurs intérêts politiques, le droit ne doit plus être développé par la coutume mais par des instruments formels. Au contraire, si l'évolution est inévitable, elle doit se faire sur une base sûre et adaptée aux besoins de la coopération et de la sécurité internationale.

La Suisse, avec sa pratique de la neutralité, participe activement à l'évolution des droits et devoirs des pays neutres. Néanmoins, le développement du droit doit se faire en collaboration avec les institutions de l'UE et les organes de l'ONU afin de trouver le juste équilibre entre la possibilité pour un pays neutre de déterminer sa participation d'une façon autonome face à un conflit et la nécessité d'une telle participation aux efforts de la coopération internationale. Puisque, objectivement, le régime juridique de la neutralité ne l'interdit pas, la Suisse doit arrêter de se cacher derrière des politiques nationalistes et profiter de plus s'investir dans les interventions de l'ONU ou de l'UE pour développer un droit stable et défini.

Sources:

LANGENDORF Jean-Jacques, *Histoire de la neutralité: une perspective*, Gollion: Infolio, 2007.

CANDRIAN Jérôme, «Droit de la neutralité, politique de neutralité et politique étrangère de l'Etat neutre», in: *Revue de droit suisse*, 126(2007), Halbbd. 1, no 5.

KLEEN Richard, *Lois et usages de la neutralité d'après le droit international conventionnel et coutumier des États civilisés*, 2 vol., Paris: A. Chevalier-Marescq, 1898-1900.

POINTET Pierre Jean, *La neutralité de la Suisse et la liberté de la presse*, Zürich: Editions Polygraphiques, 1945.

EELHOOT, Geoffrey E.B., *Le concept de neutralité en Europe: analyse comparée de la Suède et de la Suisse*, Genève: [s.n.], 2008.

Die Verhaftung Mladics

Der Mann, der als «Schlächter von Srebrenica» bekannt wurde, polarisiert auch nach seiner Verhaftung. Marija Suvajdzic wirft einen Blick auf serbische Reaktionen und spricht mit Petar Zmak, Jurist der serbischen Menschenrechts-NGO Humanitarian Law Center.

Die Nachricht von der Verhaftung schlug ein wie eine Bombe – aus dem Nichts, plötzlich und unerwartet. Innerhalb kürzester Zeit waren online Newsportale, soziale Netzwerke, Radio und TV voll mit der «guten Neuigkeit» und Bildern von General Ratko Mladic, Srebrenica und dem Ort, in dem er festgenommen wurde. Dann machte sich Misstrauen breit – ist er es wirklich? Schon einige Male hatte man gedacht, ihn gefunden zu haben. Nachdem jedoch der DNA-Test seine Person bestätigte, konnten die Reaktionen ihren Lauf nehmen.

In den ersten Stunden war etwas Erleichterung in den Medien zu spüren. Ratko Mladic ist gefasst.

Das ist was *sie* (die EU, die USA, das UN-Kriegsverbrechertribunal, alle Anderen) wollten – jetzt geht es bergauf und die EU ist nur noch einen Stolperstein weit entfernt. In den kommenden Tagen waren alle Medien voll mit Mladics Biographie, Bildern von seiner Familie und seiner jetzigen äusseren Erscheinung. Es herrschte immer noch eine sehr aufgeregte Stimmung und egal wo man hinsah, Mladic war das Hauptthema. Je nach Gesinnung und Einstellung wurden auch Graffiti gemalt, Profilbilder geändert, *YouTube*-Videos kreiert. Über pro-Mladic Fraktionen wurde vermehrt berichtet, da sie lauter waren und so auch mehr Aufsehen erregen konnten. Es folgten ei-



Bild links: Graffito des verhafteten Mladic an einer belgrader Wand. «Aufruhr» ist daneben zu lesen. *Fotografin:* Marija Suvajdzic.

nige Aufrufe zu Protestaktionen – «Wir lassen unseren General nicht im Stich» – doch auch anti-Mladic-Demonstrationen wurden organisiert.

Darauf folgte Ernüchterung, viele Fragen und Spekulationen: Wieso erst jetzt? Wie konnte er sich so lange verstecken? Wieso wurde er verhaftet? Weil die EU das will? Und was folgt jetzt? Biljana Srbljanovic fragt sich in ihrem Artikel «Zu Besuch beim Onkel auf dem Land» wie es möglich war, dass es so lange dauerte, bis Mladic verhaftet wurde. Sie schreibt, sie fühle sich belogen und betrogen. 15 Jahre seien eine lange Zeit und er müsse eine ungeheure Unterstützung gehabt haben, um sich so lange und «so gut» versteckt halten zu können. Sie verlangt eine Erklärung. Eine gute und plausible Erklärung, die beweist, dass es die Regierung ernst meint. Es sei der einzige Weg um vorwärts zu kommen. Auf der rechts-konservativ orientierten Seite wird die Regierung von der politischen Organisation *Dveri Srpske* verurteilt, dass sie ihren General verhaftet habe und sie wollen wissen, was das Land denn von der EU er-

Ratko Mladic ist der schwarze Fleck in der serbischen Geschichte und dessen Aufarbeitung müsse mit oder ohne EU stattfinden.

wartet, wenn sie schon alles tun, was ihnen diktiert wird. Steven Filipovic schreibt in einem Artikel, dass jegliche Orientierung in Richtung Europa sinnlos sei, so lange der generelle Glaube vorherrsche, Ratko Mladic wurde wegen irgendetwas anderem als «uns» selbst verhaftet. Ratko Mladic ist der schwarze Fleck in der serbischen Geschichte und dessen Aufarbeitung müsse mit oder ohne EU stattfinden.

Die Erwartungen, die anfänglich zu spüren waren, lösten sich langsam auf. Auch wenn Ratko Mladic verurteilt wird, hat Serbien noch einen langen Weg vor sich. Aber die Richtung, die gewählt wurde – flankiert auch durch die Verhaftung von Goran Hadzic – ist sicherlich lohnend.

Ratko Mladic wurde am 26. Mai 2011 verhaftet. Er wurde an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag überstellt, wo am 3. Juni der Prozess gegen ihn eröffnet wurde. Mladic hatte mehr als 15 Jahre Zeit sich auf diesen Tag vorzubereiten. Serbien wird in den kommenden 15 Jahren eine andere und neue Geschichte schreiben.

Peter Zmak, was hat Serbien aus rechtlicher Perspektive mit der Verhaftung Mladics erreicht?

Serbien hat die Verpflichtung gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag erfüllt, was das fundamentale Resultat der Verhaftung ist. Serbiens Zusammenarbeit mit dem ICTY war nicht immer einfach, sie haben aber mit der Verhaftung und v. a. der sofortigen Auslieferung Ratko Mladics bewiesen, dass das Land bereit ist, sich seiner Geschichte zu stellen und im Interesse des Fortschritts Serbiens zu handeln. Mladic war die Spitze des Eisbergs, das heisst jedoch nicht dass das Thema vom Tisch ist. Mladic wurde «in Freiheit» verhaftet; es ist aber allgemein bekannt, dass er sich in Militärobjekten versteckt hielt. Die Regierung Serbiens wird auch dies erklären müssen.

Srebrenica ist keine Meinungsfrage – ist es aber rechtlich gesehen richtig Ratko Mladic als den einzig Schuldigen zu bezeichnen?

Ratko Mladic trägt die Hauptverantwortung. Es wäre aber fahrlässig zu behaupten, dass er der einzige Schuldige ist. Ein Genozid, wie er in Srebrenica stattfand, benötigt eine zu grosse Logistik, die von mehreren Seiten organisiert werden muss. Mladic hatte die militärische Führung und muss diesbezüglich Rechenschaft ablegen – die Genfer Konvention wurde auf brutale Art und Weise missachtet. Mladic war aber auch der Präsidentschaft von Radovan Karadzic unterstellt, der der schlussendliche Befehlshaber war. Die Anklage sollte in diesem Fall verbunden werden und sie sollten sich beide zusammen vor dem Tribunal in Den Haag verantworten. Mladic steht mehr im Vordergrund, da er konkret am Völkermord per se beteiligt war.

Welches Verhalten seitens der EU darf Serbien nach der Verhaftung und Auslieferung erwarten?

Die EU sollte in jedem Fall mit ihrer Agenda fortfahren. Serbien hat nur seine Verpflichtung erfüllt – v. a. auch die gegenüber den Opfern. Der Druck der EU hat sicherlich abgenommen, es ist aber an Serbien zu entscheiden, in welchem Tempo jetzt fortgegangen wird. Die Forderungen der EU sind sehr klar.

Wie lässt sich die teilweise Nicht-Akzeptanz der Verhaftung und Auslieferung Mladics in der Bevölkerung erklären?

Eine kleine Minderheit ist konkret gegen die Verhaftung und Auslieferung. Sie machen aber viel Lärm und die Medien sind von Natur aus mehr an Aufruhr und Aufsehen erregenden Nachrichten interessiert. Folglich ist die Berichterstattung zum Teil verzerrt, was automatisch auch zu Unwissen führt. Viele wissen nicht wie das ICTY arbeitet und was das konkrete Ziel ist. Man hört oft, dass das ICTY gegen Serbien

und ausschliesslich gegen die serbische Bevölkerung ermittelt. Die Tatsache, dass aber nur diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die konkret am Krieg beteiligt waren, wird oftmals nicht wahrgenommen. Milan Milutinovic wurde seinerzeit freigesprochen. Dies war aber auch schnell wieder vergessen und die negative Einstellung ist teils immer noch festgefahren.

Welchen Prozess kann Mladic erwarten? Welchen verdient er?

Es erwartet ihn kein spezieller – im Sinne von aussergewöhnlicher – Prozess. Es wird nach den üblichen Standards verfahren. Die Tatsachen bzw. die über 1500 Anschuldigungen sind zu eindeutig, um Überraschungen irgend einer Art erwarten zu können.

Es ist auch wichtig, dass der Prozess «normal» verläuft, damit auch die Opfer nicht erneut traumatisiert werden und die Satisfaktion, die ihnen die Verurteilung bringt, für sich nutzen können.

Wenn sie die Gelegenheit hätten, was würden Sie, aus persönlicher Sicht und als Anwalt Ratko Mladic fragen?

Persönlich würde ich ihn, wie die Meisten von uns, fragen: Warum? Was hat ihn angetrieben so zu handeln, dies zu tun und welche Ideale hat er verfolgt? In früheren Interviews hat er immer serbische Generäle aus dem ersten Weltkrieg als seine Leitfiguren bezeichnet. Niemand von ihnen hat jemals einen Völkermord begangen und es ist mir schleierhaft, was mit ihm als Mensch passiert ist.

Aus rechtlicher Perspektive interessiert mich, wenn er sich bereits als Held und Retter einer Nation sieht, wieso er sich nicht freiwillig übergeben hat und das Land, das er «verteidigt» hat, so von vielen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bewahrt hat.

Marija Suvajdzic

Studiert Fashion Management (BA),
Mod'Art International Belgrad

Bild unten:
Internationaler
Strafgerichtshof
für das
ehemalige
Jugoslawien in
Den Haag. Bild:
istockphoto.



Stimmen aus Israel

*Während Mahmoud Abbas die diplomatische Werbetrommel für eine UN-Anerkennung Palästinas als Staat rührt, geben die Meinungen innerhalb Israels über diesen Schritt auseinander. **Nicolas Hintermann** hat sich in Israel ein Stimmungsbild gemacht und einen überraschenden Konsens festgestellt.*

Umwälzungen in der Region, Israel als möglicherweise nicht mehr einziger Staat mit demokratischer Struktur im Nahen Osten, weltweite Isolation und nun die Abstimmung in der Uno über einen Staat Palästina: der diplomatische Ausweg aus dem festgefahrenen Friedensprozess?

Die umstrittenen Positionen der israelischen Regierung sind mittlerweile zur Genüge bekannt, doch wie sehen die Bürger des ohnehin zersplitterten Landes die palästinensischen Bemühungen um Anerkennung als Staat durch die Uno?

Auf einer langen Reise durch Israel bemerkte ich die äusserst facettenreichen Ansichten, die Israelis betreffend der Ausrufung eines Staates Palästina vertreten. Als willkommenen Akt begrüsst oder als Provokation und Kriegsgrund verschrien: Das Spektrum ist gross.

Interessanterweise lassen sich diese verschiedenen Positionen beinahe geographisch lokalisieren. Die Stimmung auf den Strassen des liberalen Tel Aviv entspricht der einer, (bewusst) von der Realität weiter im Osten entrückten, Partystadt, in der eine vergessene Unbekümmertheit einerseits und eine explizite Befürwortung der Staatserklärung Palästinas andererseits, die primär vertretenen Ansichten sind. Der Hotelangestellte Yuval erhofft sich eine Beschleunigung der Verhandlungen und eine Zweiteilung des Gebietes, damit sich die israelische Regierung endlich den gravierenden innenpolitischen Problemen zuwendet.

Ganz anders klingt es in der angestrebten Hauptstadt Palästinas, Jerusalem (*el-Kuds*). Die «Heilige Stadt» ist selber Brennpunkt vieler Diskussionen und dementsprechend betroffen und unnachgiebig sind ihre Bewohner. Geprägt durch die religiöse Bedeutung wird Jerusalem von jüdischen Einwohnern als jüdische Hauptstadt des Staates Israel verteidigt. Was einen palästinensischen Staat anbelangt, so sind die Meinungen offener: Ofer, Schüler einer Tora Schule, ist bereit einen arabischen Staat Palästina anzuerkennen. Gleichzeitig aber hält er die einseitige Ausrufung im September für verfrüht und ohnehin nicht realitätsrelevant. Denn ohne Zustimmung Israels wird es faktisch kein Palästina geben. Ebenso argumentiert die Studentin Yael, die die Schwierigkeit nicht in der Anerkennung eines Staates sieht,

Ohne Zustimmung Israels wird es faktisch kein Palästina geben.

sondern in den Details: Siedlungen, Jerusalem, Kooperation. All dies sind Themen, die nicht in einer Abstimmung geklärt werden können.

Selbst der arabische Kaffeehausinhaber Omar verspricht sich nicht viel von der Abstimmung, denn die Frage über die Zukunft Jerusalems bleibt ungeklärt. Als Geschäftsmann ist er ohnehin vielmehr an einem Ende der bürokratischen Unterdrückung der arabischen Einwohner der Stadt interessiert. Von

Bild unten:
Strassenschild
in der Altstadt
Jerusalems.
Fotografin: Alina
Matachê.





dem politischen Geplänkel beider Seiten ist er seit langem angewidert und wirkt resigniert.

Haben sechzig Jahre Besetzung und Schikanen den politischen Willen der Araber in Jerusalem gebrochen? Ist ihnen ein freies Wirtschaften wichtiger als ein ideologisch geprägter Machtkampf um Gebiete und Staaten?

Im Süden des Landes, im Länderdreieck um Eilat, findet sich wieder eine ganz andere Stimmung. Vielmehr mit der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Ägypten und Jordanien und dem Tourismus beschäftigt, zeigen die Einwohner des Ferienortes tendenziell wenig Interesse an den Geschehnissen in den besetzten Gebieten. «Eine Lösung, die für alle akzeptabel ist und möglichst ohne bewaffneten Konflikt durchgesetzt werden kann». Dies der Wunsch des Inhabers eines Hostels. Er selber findet den Schritt zur Uno sinnvoll und erhofft sich

zunehmenden Druck auf die israelische Regierung. «Damit haben sie [die Palästinenser] mal einen juristisch anerkannten Staat und eine Regierung, mit der wir über die vielfältigen Probleme diskutieren können. Einfach ist die Lage nicht, aber immer nur vom Militär abhängig sein zu müssen, kann sich Is-

«Egal ob nun Araber oder Juden hier Anspruch auf ein Staatsgebiet erheben. Das spielt für mich keine Rolle. Das ist Politik».

rael längerfristig nicht leisten», meint der eben aus dem Militärdienst entlassene Aron. Eine Aussage, die durch aktuelle Geschehnisse eine tragische Bestätigung erhielt.

Mit etwas Glück traf ich auf meiner Reise auch auf einen, erst kürzlich eingewanderten, amerikani-

Bild oben:
Palästinensische Flaggen
in Ramallah.
Fotografin: Alina
Matachê.



Bild oben:
Jüdische,
israelische
Soldaten beim
Gebet an der
Klagemauer.
Fotografin: Alina
Matachè.



Bild unten:
Strassenschild
im Westjor-
danland, an
einer Strasse
zu «Gebiet A»,
in welchem die
Palästinensische
Selbstregierung
für Sicherheits-
fragen zuständig
ist. Fotograf:
Nicolas Hinter-
mann.

schen Juden, der in einer kleinen Siedlung nahe Jericho seinen Container aufgestellt hat. Auf meine Frage über die Abstimmung antwortete er mit einem Schulterzucken und der Aussage: «Ich bin kein politischer Siedler. Ich bin religiös. Egal in wessen Staat ich siedle, ich bleibe hier, denn dies ist das versprochene Land. Egal ob nun Araber oder Juden hier Anspruch auf ein Staatsgebiet erheben. Das spielt für mich keine Rolle. Das ist Politik.» Grundsätzlich scheint die israelische Regierung und ihre offizielle Meinung also ganze Arbeit geleistet zu haben: Während auf palästinensischer Seite die Hoffnungen auf einen eigenen Staat hoch fliegen, scheinen die Israelis sich nicht viel von der Uno-Abstimmung zu versprechen. Nicht auf die USA als Vetomacht wird gesetzt, sondern auf die faktisch (noch) nicht relevante Staatserklärung. Ein Frieden wird erwünscht, Lösungen vermag aber niemand konkret zu liefern. Immerhin ist die Stimmung nicht mehr durch pure Ablehnung Palästinas geprägt, sondern offener für eine Zweistaaten-Lösung. Egal aus welchem Lager die Stimmen stammen – einig sind sie sich über die längerfristige Unhaltbarkeit des *status quo*.

Nicolas Hintermann
Studiert Philosophie (BA), Universität Zürich

Den Urknall hören

Das 20. Jahrhundert hat man bereits zum «Jahrhundert der Physik» ernannt, das 21. könnte noch einen oben drauf setzen. Grosse internationale Projekte zur Detektion von Gravitationswellen werden schon bald einen völlig neuen Blick in unser Universum ermöglichen.

Von Nikola Ciganović.

Googles Satellitenblick auf Hanford, Washington, bietet ein eigentümliches Bild. Der schwarze Columbia River teilt die Landschaft scharf in einen grünen, intensiv bewirtschafteten Osten und eine ausgedehnte Einöde im Westen. Sieht man genauer hin, bemerkt man inmitten der Wüste zwei dünne, rechtwinklig zueinander angeordnete nadelförmige Gebilde, je an die vier Kilometer lang. Dahinter verbirgt sich, der Öffentlichkeit hierzulande weitgehend unbekannt, eines der aufwändigsten und faszinierendsten physikalischen Experimente der Gegenwart. Genauer gesagt, die eine Hälfte des Experiments. Die andere Hälfte, eine weitere Anlage gleicher Bauart, befindet sich im 3000 Kilometer, also etwa 0.01 Lichtsekunden entfernten Livingston, Louisiana. Gemeinsam bilden die beiden riesigen Anlagen das *Laser Interferometer Gravitational Wave Observatory* (Ligo), welches schon in wenigen Jahren erstmals Zeugnis ablegen soll über gewaltige astrophysikalische Vorgänge wie Kollisionen schwerer Neutronensterne oder die Vibration oder Rotation extrem massiver Schwarzer Löcher. Doch eigentlich ist der Weg das Ziel.

DAS UNIVERSUM AUSHORCHEN

Ligo hat mit den herkömmlichen Mitteln, mit denen wir in den letzten Jahrhunderten das Universum erforscht haben, nichts zu tun. Anfang des 17. Jahrhunderts ermöglichte die Erfindung des Teleskops erstmals tiefere Einblicke in unsere kosmische Heimat und ihre Vergangenheit. Eines der frühesten Modelle ermöglichte Galileo Galilei die Entdeckung der Jupitermonde, ausgereiftere, grössere und präzisere Instrumente, ob auf der Erde (etwa das Gemini-Observatorium auf Hawaii und in Chile) oder im All (das Hubble-Teleskop) haben schon längst die Grenzen unseres Sonnensystems gesprengt und sehen heute bis an die frühesten Galaxien, 12 Milliarden Lichtjahre tief. Trotz der immensen Weiterentwicklung während der letzten 400 Jahre ist das Prinzip gleich geblieben – man fängt das Licht ein, welches von den beobachteten Objekten ausgesandt wurde, und wertet es aus. Natürlich beschränkt man sich dabei nicht nur auf das sichtbare Spektrum – die Beobachtung von Radio-, Infrarot-, UV- und Röntgenstrahlung hat Ungeahntes zu Tage gefördert. All

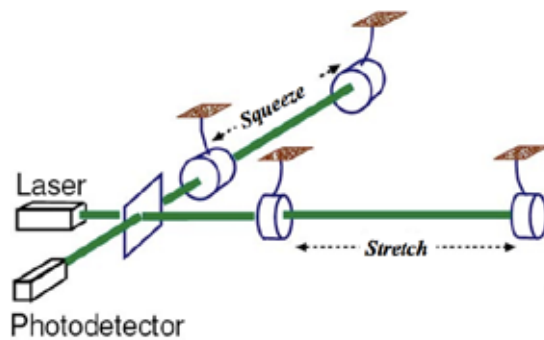
dies ist aber, wie auch das sichtbare Licht, so genannte elektro-magnetische Strahlung und lässt uns nur Objekte oder Vorgänge beobachten, welche elektro-magnetische Strahlung aussenden. Seit der Entdeckung der Dunklen Materie ist aber klar, dass diese einen sehr geringen Anteil am kosmischen Gesamtgeschehen haben. Abgesehen davon sind beispielsweise auch Schwarze Löcher, sterbliche Überreste sehr massiver, ausgebrannter Sterne, höchstens indirekt über elektro-magnetische Strahlung beobachtbar. Ligo sucht daher nicht nach Licht, sondern nach

Ligo hat mit den herkömmlichen Mitteln, mit denen wir in den letzten Jahrhunderten das Universum erforscht haben, nichts zu tun.

so genannten «Gravitationswellen». Die Existenz von Gravitationswellen ist eine Voraussage von Einsteins allgemeiner Relativitätstheorie, jedoch konnten sie bis heute nicht direkt nachgewiesen werden. Ein indirekter Nachweis gelang Russell Hulse und Joseph Taylor in den 70er-Jahren durch die Beobachtung eines Systems aus zwei sich umkreisenden Pulsaren (schnell rotierenden Neutronensternen). Der beobachtete Energieverlust des Systems (beobachtbar durch die enger werdende Umlaufbahn der Pulsare) entsprach dabei mit hoher Genauigkeit dem, was gemäss der allgemeinen Relativitätstheorie in Form von Gravitationswellen abgestrahlt werden musste. Diese Arbeit wurde 1993 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ligo soll nun erstmals direkt Gravitationswellen messen. Was alles dabei entdeckt werden könnte, ist kaum abzuschätzen. Man kann dies vergleichen mit einer tauben Person, welche ihr Leben lang einem Orchester nur zusehen konnte und nun plötzlich allmählich zu hören beginnt. Konnte sich die Person jemals so etwas wie Musik vorstellen?

ZWEI RÖHREN ALS «HÖRGERÄT»

Eine Ligo-Anlage besteht im Wesentlichen aus zwei zu einem L zusammengesetzten Vakuumröhren von jeweils vier Kilometern Länge, an deren Enden sich rund 40 kg schwere, hochreflektierende Spiegel befinden. In diese Röhren wird mit einem Laser Licht



eingespeist, welches dann für eine gewisse Zeit zwischen den zwei Spiegeln einer Röhre gelagert wird, bevor es wieder austritt. Kommt nun eine Gravitationswelle vorbei, so wird der eine Arm der Anlage gestreckt und der andere gestaucht. Diesen Effekt kann man ausmessen, indem man das wiederaustrittende Licht aus den beiden Röhren analysiert.

Dieses Prinzip zur Gravitationswellendetektion geht auf Rainer Weiss zurück, welcher seit Beginn in den frühen 70er-Jahren bis heute führend am Projekt beteiligt ist. Der Haken liegt, wie so oft, in der Ausführung. Die Distanzveränderung zwischen den Spiegeln durch die Gravitationswellen beträgt im Falle eines ausserordentlich starken Signals gerade einmal $4 \cdot 10^{-16}$ cm. Zum Vergleich, der Durchmesser eines typischen Atoms beträgt etwa 10^{-8} cm, also 25 000 000 mal mehr! Die erschütterungsfreie Lagerung der Spiegel ist damit vielleicht das offenkundigste Problem in der Umsetzung, aber bei Weitem nicht das einzige. Entsprechend aufwändig ist auch die internationale Zusammenarbeit an diesem Experiment. Insgesamt sind über 800 Forscher an etwa 50 Institutionen auf der ganzen Welt an Ligo beteiligt. Die einen beschäftigen sich vorwiegend mit der technologischen Weiterentwicklung des Observatoriums, während sich die anderen schon Gedanken darüber machen, was man dereinst damit beobachten könnte. Mit modernen Computersimulationen generieren sie heute schon die Muster verschiedener hypothetischer

«There will be surprises!», wie Kip Thorne zu sagen pflegt.

Vorgänge, die von Ligo detektiert werden könnten, damit man bei einer tatsächlichen Messung erkennen kann, was man da überhaupt sieht. Eine solche tatsächliche Messung hat allerdings seit der Inbetriebnahme 2002 bis heute noch nicht stattgefunden. Vielmehr befand sich das Projekt in einer Art Testphase, in der man sich zunächst mit der Technologie und ihren Tücken vertraut machen wollte, bevor man weitere Mittel in einen Aus-, beziehungsweise Umbau der Anlage stecken wollte, durch welche schliesslich eine Empfindlichkeit erreicht würde, welche realistische Chancen hätte, die gesuchten Gravitationswellen zu detektieren. Gemäss Kip Thorne, einem der Pioniere dieses Forschungsgebiets und des gesamten Projekts, wäre eine Detektion während dieser Phase ein purer Glücksfall gewesen. Dieser Umbau zum «Advanced Ligo» findet gerade statt und wird voraus-

sichtlich 2014 soweit sein, damit die wissenschaftliche Arbeit fortgeführt werden kann. Dann wird das Projekt auch knapp die Milliarden-Dollar-Grenze erreichen. Die Zuversicht, dass das Experiment Erfolg haben wird, ist unter den beteiligten Wissenschaftlern sehr gross, ebenso wie die Spannung, was man alles dabei beobachten wird. «There will be surprises!», wie Kip Thorne zu sagen pflegt.

ERST DER ANFANG

Die Suche nach Gravitationswellen ist natürlich kein Unterfangen der Amerikaner allein. Das europäische, von Italien und Frankreich getragene Parallelprojekt nennt sich *Virgo* und ist seit 2007 in Betrieb. Das Funktionsprinzip ist dasselbe wie bei Ligo, hier erreicht man aber durch entsprechende Spiegelanordnungen effektive Armlängen von bis zu 120 Kilometern. Geplant ist ausserdem die Installation eines der *Advanced Ligo*-Interferometer in Australien. Die weltweite Verteilung solcher Observatorien ist ein wesentlicher Bestandteil des Unterfangens, denn nur wenn mehrere Anlagen etwas detektieren, ist dies auch vertrauenswürdig.

Die Zukunft der Gravitationswellenforschung liegt aber im All. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten die USA und die Europäer gemeinsam am Projekt *Lisa* (*Laser Interferometer Space Antenna*). Dieses besteht aus drei Satelliten, welche in einer fixen Dreiecksanordnung hinter der Erde auf der Erdumlaufbahn um die Sonne kreisen. Das Funktionsprinzip ist wieder dasselbe wie bei Ligo, wobei die Spiegel auf den Satelliten angebracht sind und die Armlängen, welche durch die Abstände zwischen den Satelliten gegeben sind, etwa 5 Millionen Kilometer betragen. Trotzdem sollten die Instrumente von *Lisa* in der Lage sein, Abstandsveränderungen von etwa 20 Picometern, weniger als ein typischer Atomdurchmesser, zu detektieren. Leider hat *Lisa* gerade in diesem Jahr einen Rückschlag erlitten, da die Nasa Zweifel bekundet hat, ob sie künftig finanziell in der Lage sein wird, das Projekt mitzutragen (gegenwärtige Schätzungen gehen von Kosten von 2-3 Milliarden Dollar aus). Die ESA wird deshalb im nächsten Jahr eine Neukonzeption vornehmen. Sicher ist, dass *Lisa* nicht vom Tisch ist. Sollten die technologischen Ziele erreicht werden, wäre man theoretisch in der Lage, Gravitationswellen zu messen, deren Ursprung im heftigsten kosmischen Ereignis überhaupt liegt, dem Urknall. Ein effektiver Start wäre 2025 möglich.

Reine Zukunftsmusik ist dagegen der diskutierte Nachfolger von *Lisa*, der *Big Bang Observer* (BBO). Bestehend aus vier *Lisa*-ähnlichen Dreiecken, welche in einer bestimmten Anordnung um die Sonne kreisen, wäre sein wissenschaftliches Ziel in erster Linie die Erforschung von Gravitationswellen aus dem ganz frühen Universum, unmittelbar nach dem Urknall. Bei Kosten von sechs *Lisas* oder mehr dürften sich diese Absichten aber erst in einigen Jahrzehnten konkretisieren.

Bild oben:
Grundlegende Funktionsweise des Ligo. Bild: Kip S. Thorne, California Institute of Technology.

| **Neutronenstern:** Ein Himmelskörper bestehend aus einer extrem dichten Materieform aus Neutronen. Typische Masse für Neutronensterne sind ein Durchmesser von etwa 20 Kilometern und eine Masse von bis zu drei Sonnenmassen. Dies entspricht einer Dichte von bis zu 1 500 000 000 Tonnen pro Kubikzentimeter. Er ist das Endstadium in der Entwicklung eines Sterns einer bestimmten Massenklasse.

| **Pulsar:** Sehr schnell rotierender Neutronenstern, dessen Strahlungsimpulse zu uns gerichtet sind. Beobachtete Rotationsdauern liegen zwischen 0.001 und 8 Sekunden.

| **Schwarzes Loch:** Astronomisches Objekt, dessen Existenz von der allgemeinen Relativitätstheorie vorausgesagt wird, in dessen Umgebung die Gravitation extrem stark ist. Ein Schwarzes Loch wird durch einen sogenannten Ereignishorizont begrenzt, welcher eine Raumzeit-Singularität, also einen Bereich unbeschränkter Raumzeit-Krümmung, umhüllt. Was durch den Ereignishorizont ins Innere gelangt, kann nie wieder austreten, selbst Licht nicht. Schwarze Löcher können als Überreste extrem massiver Sterne mit mehr als drei Sonnenmassen entstehen. Der Ursprung supermassereicher Schwarzer Löcher mit milliardenfacher Sonnenmasse, wie sie sich vermutlich in Zentren von Galaxien befinden, ist ungeklärt.

Links:

<http://www.multimedia.ethz.ch/speakers/pauli/2011>

<http://www.ligo.caltech.edu/>

<http://www.ego-gw.it/virgodescription/>

Jeder kann seinen Computer für die Auswertung der Ligo-Daten zur Verfügung stellen über Einstein@Home: <http://einstein.phys.uwm.edu>

Nikola Ciganović

Studiert Physik (MSc), ETH Zürich



Bild links:
Ligo-Anlage in Livingston, Louisiana.
Bild: California Institute of Technology.

骑驴找马 – reite Esel, suche Pferd

中国, die Volksrepublik China, bedeutet wortwörtlich das Land der Mitte. Der Name des Landes steht im Kontrast zur Mentalität seiner Bevölkerung, denn die wenigsten Chinesen würden sich mit Mittelmässigkeit zufrieden geben. Gemäss dem chinesischen Sprichwort 骑驴找马, welches im übertragenden Sinn bedeutet: «Sei zufrieden mit der Gegenwart, aber halte gleichermaßen Ausschau nach besseren Alternativen», streben sie nach Bildung, lukrativen Berufen und mehr Einfluss. Von *Hua Lan*.*

Zu Beginn des neuen Jahres des traditionellen Bauernkalenders (农历) versammelt sich die ganze Verwandtschaft um das wichtigste Fest Chinas zu feiern, das Frühlingsfest. Wie bei allen Festen in China, wird auch beim Frühlingsfest viel Essen aufgetischt. Wichtig ist, dass von allen Gerichten ein bisschen dabei ist. Ein bisschen Fleisch, ein bisschen Geflügel und, am wichtigsten, ein bisschen Fisch. Es gibt ein Sprichwort im Chinesischen, das besagt: «Jedes Jahr gibt es Fisch.» Gleichzeitig könnte dieses Sprichwort von der Betonung her auch bedeuten: «Jedes Jahr im Überfluss.» Für eine Gesellschaft, in der die Grosseltern von heute noch die Hungersnot der 50er Jahre lebhaft in Erinnerung haben, eine durchweg positive Aussage.

Jede Provinz hat ihre eigenen Spezialitäten, z. B. werden in 山西 – westlich vom Berg – lange Nudeln und in 湖南 – südlich vom See – Klebreis serviert. Von Provinz zu Provinz unabhängig gestaltet sich jedoch das Abendprogramm des Frühlingsfests, denn dieses wird durch das chinesische Staatsfernsehen diktiert. Die Kanäle des *China Central Television*, CCTV eins bis fünfzehn, zeigen allesamt die chinesische Neujahrgala. Eine Gala, die jeder sich anschaut: die 1,33 Mrd. in China und die Überseechinesen per Satellitenfernsehen. Weshalb, weiss eigentlich keiner so genau und eigentlich geht es auch wenig darum, sich von der propagandistischen Sendung unterhalten zu lassen, noch weniger darum, sich von den farbenfrohen Kostümen und Dekorationen blenden zu lassen. Jeder Chinese weiss, dass ein paar mühselige Stunden Fernsehkost auf ihn zukommen, in denen das einzig Unterhaltsame sein wird, über jeden Sketch und jedes Lied herzu ziehen. Im Anschluss an die Sendung wird CCTV berichten, dass die Gala bei 75 Prozent der Zuschauer grosse Begeisterung hervorgerufen hat. Diese Aussage gibt hingegen Anlass zur Komik. «Da haben sie bestimmt ihre eigenen Mitarbeiter befragt», sagen sich viele Chinesen.

ES LOHNT SICH NÄHER HINZUSEHEN

Bei dieser Situation wird deutlich, dass es kritische Meinungsäusserungen in China gibt, wenn auch in erster Linie im Bekanntenkreis. Manchmal unterhält man sich mit dem Taxifahrer auf dem Weg zum Restaurant über die neuesten Gerüchte: «Was hat sich dieser Beamte wieder in die eigenen Taschen geschoben?», «An Ihrer Stelle würde ich jenes Produkt nicht mehr essen, ich kenne jemanden mit Informationen ...». Deswegen tatsächlich in Aktion treten wollen

Warum soll die Internetzensur abgeschafft werden, wenn die meisten Chinesen wissen, wie sie durch eine simple Taktik umgangen werden kann? Wenn es den meisten chinesischen Bürgern doch heute besser geht als gestern, wieso sollte man sich für Änderungen einsetzen?

würden trotzdem nur die Wenigsten. Eine der Lebensphilosophien der Chinesen ist der Titel eines Woody Allen Films: *Whatever works*. Dieses Prinzip findet sich in vielfältiger Hinsicht wieder. «Wenn es sich doch so leben lässt, warum sollte ich mich scheiden lassen?», denkt die unglückliche Ehefrau. Ihr Ehemann hat wahrscheinlich blutjunge Mätressen in anderen Städten. Solche Beziehungen sind Gang und Gebe bei erfolgreichen chinesischen Geschäftsmännern. Warum soll die Internetzensur abgeschafft werden, wenn die meisten Chinesen wissen, wie sie durch eine simple Taktik umgangen werden kann? Wenn es den meisten chinesischen Bürgern doch heute besser geht als gestern, wieso sollte man sich für Änderungen einsetzen? Etwa für Demokratie?



Viele Chinesen finden nicht, dass Demokratie zwingend die beste, universell anwendbare Regierungsform ist.

Trotz dieser traditionellen Einstellung hat sich in den letzten Jahrzehnten Vieles verändert. Seit der Machtergreifung der kommunistischen Partei 1949 ist das Land durch viele Tiefen gegangen: Hungersnöte, Kulturrevolution und Naturkatastrophen. In der Phase der Kulturrevolution wurde gemäss einer Parole der kommunistischen Partei das Bild der meisten chinesischen Städte radikal umgestaltet. Plötzlich galt das eigene kulturelle Erbe als minderwertig gegenüber der überlegeneren, westlichen Kultur. Wieso habe man sonst die Kriege verloren. Von dieser radikalen Einstellung hat man sich mittlerweile wieder entfernt.

Mit dem wachsenden ökonomischen Einfluss Chinas wächst auch das Selbstwertgefühl der Chinesen und der Stolz auf die eigene Geschichte und Kultur. Den Patriotismus zu pflegen ist ein wichtiges Mittel der Regierung. Während der olympischen Sommerspiele 2008 fieberte beispielsweise das ganze Land gespannt mit, ob die eigenen Athleten es schaffen würden, an die Spitze der Nationenwertung zu klettern. Alles andere wäre als Gesichtverlust gewertet worden. Menschenrechte? Jede Kritik der ausländischen Korrespondenten wurde als persönliche Beleidigung aufgefasst und führte zur Solidarisierung mit der Partei. China habe schliesslich keine Kosten und Mühen gescheut, um diese Spiele auszurichten, da haben die Ausländer noch Grund zur Beschwerde. Wie unangebracht dies den Chinesen schien.

Oft vernachlässigen Berichterstattungen bei aller Kritik den historischen Rahmen, denn China ermöglicht vielen seiner Bürgern heutzutage ein Leben, das vor einigen Jahrzehnten nicht möglich gewesen wäre. Mittlerweile ist China zu einem der weltweit wichtigsten Absatzmärkte geworden und die wirtschaftlich Bessergestellten des Landes kennen keine Kostengrenzen. Auch für die Anderen bleibt der Konsum, oder eher der Wunsch zu konsumieren, ein wichtiger Gesichtspunkt. Anzeichen dafür finden sich überall: z. B. beim Symbolcharakter des Fischgerichts beim Neujahrsessen oder bei den Nummern-

Jede Kritik der ausländischen Korrespondenten wurde als persönliche Beleidigung aufgefasst und führte zur Solidarisierung mit der Partei. China habe schliesslich keine Kosten und Mühen gescheut, um diese Spiele auszurichten, da haben die Ausländer noch Grund zur Beschwerde?

schildern der Autos. «888» oder «168» klingen ausgesprochen ähnlich wie «vielfacher Reichtum» oder «ein Weg, der Reichtum mit sich bringt». Aussagen, die Gegensätze zu den Idealen des Kommunismus bilden. In China ist dies kein Widerspruch, genauso wenig wie mehrere religiöse Ansichten gleichzeitig zu vertreten. Überhaupt sind in diesem Land Widersprüche keine Ausnahme sondern die Regel. Oft hört man von Chinesen, dass sie sich als eine nachsichtige Gesellschaft sehen. Du verzeihst mir meine Eigenarten und ich verzeihe dir deine Fehler. Das Gesetz ist eine Sache der Auslegung. Diese Grosszügigkeit

Bild oben:
Ein Landstrich nahe einer Stadt, der sich selbst überlassen wurde – der Abfall wird am Fluss entsorgt.
Fotografin: Hua Lan.

kennt die Regierung hingegen nicht. Zum Beispiel werden Regionen, die weder für die Industrie, für den Tourismus, noch für die Propagandaabteilung eine Bedeutung haben, sich selbst überlassen, da die Regierung die Kosten für den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur nicht übernehmen möchte, obwohl diese nur einen Bruchteil dessen ausmachen würden, was in den letzten Jahren für Grossveranstaltungen in China ausgegeben wurde.

BILDUNGSKAMPF UM AUFSTIEG

In der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt reihten sich in den letzten Jahren mehr und mehr Chinesen ein, aber ein Grossteil der Menschen lebt von umgerechnet 100 bis 200 Schweizer Franken im Monat. In einem Land mit 1,33 Mrd. Einwohnern fällt nur der ins Gewicht, der an Einfluss und Macht gewinnen kann.

Der einzige Weg für den sozialen Aufstieg der nächsten Generation führt, in den Augen der Chinesen, über die Bildung. Ganz früh schon werden Kinder schrittweise auf die entscheidenden Prüfungen – 高考 – vorbereitet, welche die Türen zu den prestigeträchtigsten Universitäten des Landes öffnen sollen. Die Kindergärten werden von den Eltern sorgsam ausgewählt, die Mittelschulen nach «Qualität»

ter auf amerikanische *High Schools*, weil sie glauben, dass sich dort dem Kind mehr Chancen eröffnen. Andere versuchen während des Studiums wertvolle Auslandserfahrung zu sammeln, denn irgendwie muss man sich von der Masse abheben können. Wer da nicht mithalten kann und auch sonst bestenfalls durchschnittliche Leistungen erbringt, wird wahrscheinlich zu den sogenannten *Ameisen* gehören, den Universitätsabsolventen ohne feste Anstellung und gesicherten Lebensunterhalt.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hebt ein Teil der chinesischen Bevölkerung ab, der Rest bleibt hingegen am Boden zurück. Keiner möchte zu den Letztgenannten gehören, denn für diese Menschen bleiben die Aussichten dieselben. Am Ende des Jahres steht immer derselbe Gedanke ganz oben: der Wunsch nach einem besseren Leben für sich und seine Familie.

Wer besonders gut war, bekommt als Belohnung ein rotes Halstuch und kann so seinen Erfolg sichtbar nach aussen hin präsentieren. Solche Kleidungsstücke bestärken das Minderwertigkeitsgefühl der schlechteren Schüler und unterstreichen, dass schulischer Erfolg in China gleichzusetzen ist mit Anerkennung und den Schlüssel bildet zu einem «erfüllten» Leben.

rangiert und die Lehrer gemäss der Zulassungsquote ihrer Schüler zu den besten Hochschulen entlohnt. Schüler beschreiben die Zeit vor den Hochschul-Zulassungsprüfungen als die ermüdendste ihrer Kindheit. In ihrer Freizeit flüchten die meisten in Seifenopern oder Spieltheken. Rollenspiele wie *World of Warcraft* bilden eine Parallelwelt, in der sie endlich ohne Druck von aussen agieren können und frei sind in ihren Entscheidungen, denn im normalen Leben lasten auf den Einzelkindern die Erwartungen der Verwandtschaft und der Konkurrenzkampf ist gross. Beispielsweise werden nach jeder Prüfung die Ranglisten in den Klassenzimmern ausgehängt. Wer besonders gut war, bekommt als Belohnung ein rotes Halstuch und kann so seinen Erfolg sichtbar nach aussen hin präsentieren. Solche Kleidungsstücke bestärken das Minderwertigkeitsgefühl der schlechteren Schüler und unterstreichen, dass schulischer Erfolg in China gleichzusetzen ist mit Anerkennung und den Schlüssel bildet zu einem «erfüllten» Leben.

Mittlerweile versucht man sich auch durch Auslandsaufenthalte zu profilieren. Familien, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder im Teenageral-

Hua Lan*

Studiert Physik (MSc), ETH Zürich

*Hua schreibt unter einem Pseudonym.

La neutralité d'Internet – vit-elle ses dernières heures?

Par l'intermédiaire des réseaux sociaux, de Blogs et autres sites d'information en temps réel, Internet a récemment affirmé son caractère incontournable et parfois décisif lors de mobilisations et de mouvements sociaux. Internet devient aujourd'hui plus que jamais depuis son édification, une ressource. Contrôler cette ressource, supposée neutre et accessible à tous, constitue désormais un enjeu stratégique et sécuritaire, ce qui met sa neutralité en péril. Analyse, par Jonas Rey, auteur d'une étude sur la neutralité du Réseau.

L'Internet est en plein changement. Sa structure neutre lui a permis de s'étendre et de se développer rapidement, sans respecter les frontières. Un utilisateur nord-coréen peut se connecter à un site web Américain. Pas besoin de visa, ni de devoir s'entretenir avec un douanier. Cette grande flexibilité d'Internet est appelée «générativité». Elle est inhérente au réseau et s'illustre par un modèle décentralisé et neutre qui ne classe pas les activités selon certaines priorités. En connectant le monde entier, cette structure horizontale a permis l'essor rapide du web. Les seules limites de l'Internet sont les limites que les développeurs et les ingénieurs se fixent, offrant une croissance fulgurante aux géants de l'Internet que sont *Google*, *Amazon* ou *Facebook* notamment. Bien sûr, ce boom de l'économie digitale comprend quelques risques, comme l'a montré l'effondrement de Wall Street en l'an 2000. Dans la majorité des cas cependant, la structure neutre et générative de l'Internet a fait le bonheur des entreprises et des consommateurs. Il est aujourd'hui possible pour un utilisateur de se connecter partout, depuis une multitude d'interfaces: effectuer des transactions bancaires grâce à son *iPhone* ou commander un livre sur sa tablette numérique sont devenues des activités courantes. Mais la neutralité et la générativité qui caractérisent le web ne sont-elles pas mises en péril par ces développements? N'y a-t-il pas un risque de voir Internet évoluer vers un réseau fragmenté, sans anonymat et de plus en plus fermé?

LA FACE SOMBRE D'INTERNET

Internet a grandi de manière générique et neutre pendant longtemps, jusqu'à prendre des proportions gargantuesques. Cette croissance n'a pourtant pas eu que des côtés positifs. L'augmentation des profits

économiques s'est accompagnée par une augmentation des risques sécuritaires. Les journaux se sont faits les relais des actes de piratage, de violation de la liberté d'expression, de vol de données ou encore de menaces sur Internet lui-même. Quoi de plus simple, dans un monde sans barrières réelles entre pays, sans contrôle clair des données et où les usagers évoluent dans un anonymat quasi total, que de télécharger un film illégalement, de censurer les informations jugées choquantes ou de voler des données bancaires?

La prolifération des «cybermenaces» se fait sentir auprès de tous les Etats, démocratiques ou autoritaires, qu'ils aient un taux de pénétration d'Internet élevé ou faible. Les sites web du gouvernement et de plusieurs banques géorgiennes ont de cette manière été bloqués peu avant l'invasion de la Russie en Abkhazie du Sud, les adresses électroniques de plusieurs leaders tibétains ont été piratées de nombreuses fois, vraisemblablement par des entités chinoises. L'Iran a été victime du premier «cybermissile» *Stuxnet* et ses travaux d'enrichissement d'Uranium ont été largement retardés. Le site web de *Wikileaks* a plusieurs fois été mis *offline* lorsque l'organisation de Julian Assange a commencé à publier du matériel confidentiel du gouvernement des Etats-Unis.

Afin de réagir à ces différentes menaces, les Etats ont commencé à institutionnaliser le cyberspace. Ce phénomène nouveau a vu la création de l'Agence Nationale pour la Sécurité des Systèmes d'Informations en France et de l'*US Cyber Command* aux Etats-Unis. L'Estonie a également créé le premier «cyberbataillon» dans la perspective d'une nouvelle cyberattaque russe. Le développement de capacités offensives et défensives de la part des Etats s'accompagne de mesures légales et techniques visant à renforcer la stabilité du réseau.

Le secrétaire général d'*Interpol* et Barack Obama se sont récemment prononcés en faveur d'un «cyberpasseport», rendant ainsi l'anonymat lié à l'Internet impossible. En France, la loi «Hadopi» a été promulguée afin de protéger plus efficacement les droits d'auteur. Une des mesures aux contrevenants à cette loi est de leur couper l'accès à Internet. L'Allemagne est quant à elle en train de réfléchir aux possibilités légales de développer un *Kill Switch*, mesure qui permettrait d'isoler le pays d'Internet en cas d'attaque menaçant les infrastructures critiques du pays. Ce *Kill Switch* est déjà légal et techniquement réalisable au Canada et il a été mis en place en Egypte par le gouvernement Moubarak au début de la révolution, au printemps passé.

Au niveau multilatéral, l'idée d'une convention sur la cybercriminalité est discutée à l'ONU. Parallèlement, au dernier sommet du G8 qui s'est tenu au sujet d'Internet, il faudrait de plus, selon les mots du Président français Nicolas Sarkozy, «civiliser» l'Internet. C'est également dans cette perspective que

Les derniers exemples venus du Moyen-Orient nous rappellent qu'exprimer son opinion sur Internet peut parfois coûter la vie.

s'est tenu très récemment un dialogue européen pour la société de l'information.

Les entreprises s'y mettent aussi: *Facebook* et *Google* ont également décidé de bloquer les comptes de personnes n'utilisant pas leurs vrais noms, mettant ainsi fin à l'ère des pseudonymes en ligne.

Si les gouvernements n'ont actuellement pas encore trouvé d'accord sur la politique à adopter, leurs opinions convergent toutefois vers un point: il faut plus de réglementations afin de stabiliser le réseau et de réduire les risques existants.

ET ALORS?

Ces changements peuvent en effet rendre l'Internet plus «sécurisé» car il permettra d'identifier plus facilement les auteurs de troubles. Un «cyberpasseport» permettra d'identifier plus facilement les pédophiles ainsi que les personnes qui incitent à la haine sur la toile. Mais il permettra surtout aux militants des droits de l'Homme de se faire plus facilement identifier dans les pays où leur liberté est restreinte. Les derniers exemples venus du Moyen-Orient nous rappellent qu'exprimer son opinion sur Internet peut parfois coûter la vie.

UN RISQUE INHÉRENT À L'INTERNET

Une plus grande régulation d'Internet comprend toutefois de nombreux éléments négatifs. Internet n'a pas été construit pour être sécurisé et sans danger. Il a été édifié pour permettre un grand échange interactif de données et d'idées, sans l'intermédiaire impératif d'une bureaucratie encombrante. Cela signifie une

grande facilité de communication, libérée des barrières physiques. Réguler Internet dans sa structure actuelle demandera donc énormément d'efforts, de temps et de patience.

De plus, tout ce qui est digital est falsifiable. Il est impossible, technologiquement, d'avoir un environnement sécurisé à 100 pour-cent. Les *hackers*, ces fameux pirates informatiques, ont d'ailleurs toujours une longueur d'avance sur les antivirus et les «cyberpasseports» seront sans doute falsifiés ou détournés, comme peuvent l'être les vrais passeports. Cela rend la tâche des gouvernements ardue: en théorie, un Internet sécurisé est un Internet où l'anonymat n'existe pas. Or, la pratique est bien différente, il est actuellement impossible de déterminer avec certitude l'auteur d'une attaque. Il est possible de faire passer son adresse IP (l'adresse Internet qui permet d'identifier géographiquement chaque utilisateur du web) par différents routeurs et d'emprunter des *proxys* qui fournissent des IP d'autres pays. Sans savoir qui se cache



derrière une attaque – s'agit-il d'un pays? d'un terroriste? d'un adolescent boutonneux derrière son ordinateur? – il est impossible d'avoir une réponse adéquate. Si une attaque informatique est organisée par un autre pays, une riposte plus importante pourrait ainsi être opposée. Cette réponse entraînerait une riposte armée, comme la destruction d'un avant-poste, du pays concerné. Dans le cas de notre adolescent, un avertissement de la police suffira largement. L'identification est ainsi la clé d'une bonne gestion des risques; elle permet d'adapter la réponse à l'attaque.

Une régulation du réseau signifierait aussi une perte de neutralité technique de l'Internet. Le web doit rester un réseau complètement neutre. Aucune application n'est privilégiée sur les infrastructures physiques. A connexion égale, un téléchargement illégal de musique se fait à la même vitesse qu'un échange de données gouvernementales confidentielles ou qu'une partie de jeux vidéo en ligne. Une plus grande régulation signifierait donner la priorité aux informations «critiques» et de mettre les activités dites «lourdes», comme le téléchargement, en bas de la liste. Cela permettrait aux Etats d'avoir un avantage important sur la réponse face à une attaque ter-

roriste et réduirait les possibilités de téléchargement de films par exemple.

Le problème, avec ce système, est que le réseau ne peut pas reconnaître un film légal d'un film illégal. Certains artistes peuvent décider de partager leur musique librement en ligne mais le téléchargement sera quand même aussi lourd que lors d'un téléchargement illégal. De même, donner priorité aux connexions gouvernementales sur Internet reviendrait à réserver la piste de droite des autoroutes de l'information aux véhicules de la police et aux ambulances.

MOINS DE NEUTRALITÉ, MOINS D'INTERNET

Cette violation de neutralité de l'Internet, cette perte de liberté sur l'Internet entraînera une discrimination importante envers les utilisateurs du réseaux sans qu'une plus-value sécuritaire existe pour autant. Cette discrimination freinera considérablement la générativité du réseau et rendra l'innovation économique et technologique plus difficile. La perte de neutralité implique une fragmentation du réseau: si des priorités sont données à certaines activités en ligne, des priorités peuvent également être données à certains pays. L'infrastructure physique de l'Internet n'est pas démocratique. Elle est basée principalement aux États-Unis, sous le couvert de l'organisation de l'*Internet Cooperation for Assigned Names and Numbers* (ICANN), une organisation à but non lucratif qui est liée de manière contractuelle au gouvernement Américain. Dans un Internet non neutre et non démocratique, il se pourrait que certains États voient leurs connexions réduites artificiellement par d'autres pays. Cela entraînerait *de facto* une fragmentation du Web. Au lieu d'avoir des pays connectés de manière égale entre eux, l'Internet sera composé de réseaux nationaux connectés entre eux au niveau international. Cela signifie que si un utilisateur français veut se connecter à un site web en Ouzbékistan, il lui faudra d'abord se connecter à l'Internet français et par la suite demander une autorisation de connexion à l'Internet Ouzbek. Ce phénomène créerait des frontières virtuelles que les utilisateurs devraient franchir à chaque fois qu'ils désirent surfer sur un site web qui n'est pas hébergé dans leur pays. Cela rendra beaucoup plus difficile l'établissement du commerce en ligne, les échanges entre utilisateurs et la communication entre pays, sans qu'un Internet fragmenté empêche pour autant les criminels de passer ces «cyberfrontières».

En somme, si Internet s'institutionnalise de manière importante, les États ont beaucoup à perdre pour un bénéfice maigre.

PROTÉGER L'INTERNET QUE NOUS CONNAISSONS

Afin de protéger la neutralité de l'Internet et de s'assurer de son bon fonctionnement technologique, que ce soit pour les gouvernements ou les utilisateurs, les différents États ont intérêt à formaliser une convention du cyberspace qui permettrait de poser

les règles de base universelles et démocratiques d'une bonne gestion de l'Internet.

Une convention établie par une agence des Nations Unies spécialement dédiée à Internet, permettrait de protéger la bonne marche d'Internet et comporterait de nombreux avantages:

- | Cette convention s'appuierait sur les structures déjà existantes de gouvernance, tels l'ICANN ou bien l'Union internationale des télécommunications.
- | L'Internet serait alors organisé de manière démocratique, par de nombreux acteurs et des pays différents.
- | Ce traité permettrait de poser des bases internationales concernant la sécurité du réseau, rendant ainsi Internet plus stable.
- | Cela ancrerait la neutralité et la générativité au cœur de la gouvernance d'Internet.
- | Une convention protégeant la neutralité du réseau favoriserait l'essor des compagnies en ligne.
- | Cela créerait une approche unifiée sur les réponses à apporter en cas de cyberattaque et clarifierait le double jeu actuel de nombreux pays.

La neutralité d'Internet est ce qui a permis au réseau d'avoir autant de succès. Il faut donc que cette composante du Web soit protégée de manière internationale, afin de garantir la pérennité du réseau. Pour ce faire, les États ne doivent pas céder aux sirènes de la «cyberguerre» et doivent prendre conscience que les faibles avantages sécuritaires d'un Internet fragmenté ne seront jamais plus importants que les bénéfices d'un Internet neutre, libre et ouvert. Afin de surmonter ce défi d'insécurité, il est bon de se rappeler cette citation d'Erich Fromm :

«La tâche à laquelle nous devons nous atteler, ce n'est pas de parvenir à la sécurité, c'est d'arriver à tolérer l'insécurité».

Jonas Rey

Fait les études de *Weltgesellschaft und Weltpolitik* (MA), Université de Lucerne

278,000 STUDENTS REACHED BY
OUR PUBLICATIONS

480 ARTICLES PUBLISHED
ANNUALLY

320 STAFF MEMBERS
WORLDWIDE

6 CONTINENTS
REPRESENTED

1 NETWORK LINKING FUTURE
WORLD LEADERS

**REACH THE ENTIRE NETWORK
BY WRITING FOR THE PERSPECTIVIST**

www.perspectivist.com

The Zurich Globalist is part of Global21 – a student-run network of international affairs magazines

Yale University, University of Toronto, Institut de Sciences Politiques,
Hebrew University, University of Cape Town, Peking University,
University of Sydney, University of South Australia, the London
School of Economics and Political Science, IBMEC University,
University of Oxford, Instituto Tecnológico Autónomo de México



On ne s'improvise pas diplomate

Au printemps 2011, la France prend la coresponsabilité de l'opération militaire en Libye, visant à mettre un terme au règne du Colonel Kadhafi. Si elle fait à dessein un pas en avant sur le devant de la scène diplomatique, les récurrentes incohérences de sa gestion des affaires étrangères sont également exposées avec tumulte. Pascal Scheiwiller décrypte la confusion apparente régnant au quai d'Orsay.

La visite d'Etat du Colonel Kadhafi en 2007, la réintégration de la France au sein de l'OTAN, l'affaire Florence Cassez, les liens entre l'ex-ministre des affaires étrangères Michèle Alliot-Marie et la famille Ben Ali: la politique étrangère française est devenue, ces dernières années, difficilement lisible et ce, particulièrement depuis l'Etranger. Comment expliquer les récentes incohérences et l'accumulation des bévues par le Quai d'Orsay?

Publiant un communiqué dans une tribune du quotidien *Le Monde* en février dernier, le «groupe Marly», constitué de diplomates, soulignait le manque de cohésion d'une politique étrangère déterminée, non pas par le Quai d'Orsay, mais par l'Elysée. Excédé par le fait que le gouvernement rejette la faute sur les diplomates, le groupe anonyme déplore l'omniprésence de l'Elysée dans une diplomatie caractérisée par des objectifs à court terme et ne tenant pas compte des conseils de ses ambassades.

Selon eux, «un *WikiLeaks* à la française permettrait de vérifier que les diplomates français ont rédigé, comme leurs collègues américains, des textes aussi critiques que sans concessions», et que «bien des erreurs auraient pu être évitées, imputables à l'amateurisme, à l'impulsivité et aux préoccupations médiatiques à court terme». La création sans grande préparation de l'Union pour la Méditerranée – un projet complètement délaissé depuis – est pour le collectif un exemple de «l'impulsivité» dont fait preuve le président dans la conception de sa politique étrangère, et l'affaire Florence Cassez, le symbole de «l'exposition publique d'un dossier qui, par sa nature, devait être traité dans la discrétion».

Vinrent ensuite les tribulations de Michèle Alliot-Marie, qui proposa d'abord le savoir-faire français à la police tunisienne pour «régler les situations sécuritaires» alors que la répression brutale des révoltes par le régime autocratique durait depuis plusieurs semaines, suivies des révélations du *Canard Enchaîné* sur les liens entre la famille de l'ex-ministre et celle du clan Ben Ali. Martelant jusqu'au bout qu'elle n'avait commis «aucun manquement», et ex-

pliquant qu'elle avait rencontré «par hasard» le propriétaire du jet privé qui lui aurait proposé de l'emmener pour le trajet qu'elle avait prévu d'effectuer en voiture, l'ex-ministre s'enfonça dans un mensonge sans issue: cet épisode de *jet-stop* finit tout de même par lui coûter son poste.

Enchaînant les erreurs, la nomination par le Président français d'un nouvel ambassadeur ambitieux et impétueux, Boris Boillon, tourne au ridicule lorsque celui-ci refuse de répondre aux questions de journalistes tunisiens portant sur la gestion de la crise tunisienne par Michèle Alliot-Marie, les qualifiant de «débiles», de «nul[s]» ou de «n'importe quoi», avant d'interrompre brutalement l'interview. Rappelons

La diplomatie d'influence et de coopération, celle de fond qui se déroule en contraste avec les effets d'annonces et les coups médiatiques, semble être sévèrement touchée.

que c'est lui-même qui organisa la visite à Paris en décembre 2007 du Colonel Kadhafi, à qui il a par ailleurs souvent apporté son soutien et à propos duquel il déclara ainsi à la fin 2010 au *Monde*: «Kadhafi a été un terroriste, il ne l'est plus, il a fait son autocritique. [...] Dans sa vie on fait tous des erreurs et on a tous droit au rachat.»

D'après Charles Crettien, la nomination de cette manière d'un ambassadeur est d'ailleurs choquante: «On ne nomme pas un ambassadeur comme on nomme un préfet. La diplomatie est un dialogue avec un pays étranger, son gouvernement et son chef d'Etat. La nomination de Boris Boillon [...] est la négation de ce principe élémentaire, elle est donc choquante voire dangereuse pour les relations à venir entre Paris et Tunis». Il s'agit en effet de demander l'accord au ministère des affaires étrangères du pays concerné avant de pouvoir y nommer son représentant; l'amateurisme imputé par le collectif Marly au gouvernement semble ici prendre tout son sens. Ce-



pendant, la situation actuelle peut-elle être seulement due aux mauvais choix des conseillers présidentiels?

UNE DESTRUCTURATION PROGRESSIVE DU SERVICE

En juillet 2010, une tribune également publiée dans *Le Monde* par Hubert Védrine et Alain Juppé, désormais à la tête du Quai d'Orsay, dénonçait les importantes coupes budgétaires et le fait que «l'instrument diplomatique est sur le point d'être cassé». Selon ces derniers, le budget du ministère a diminué d'au moins 20 pour-cent en vingt-cinq ans ainsi que ses effectifs en personnel, tandis que ceux du département d'Etat américain augmentent de 4 à 5 pour-cent par an.

Bien que la Grande Nation se targue de disposer du deuxième réseau diplomatique après les Etats – Unis, la diplomatie d'influence et de coopération, celle de fond qui se déroule en contraste avec les effets d'annonces et les coups médiatiques, semble être sévèrement touchée. Dans un nouveau communiqué du groupe Marly publiée en juin dernier, le collectif souligne que «la France est en train de perdre la bataille du *soft power*, qui se joue sur le terrain et à long terme [...], quel que soit le secteur d'activité – culturel, linguistique, coopération universitaire et scientifique, audiovisuel, missions et invitations de jeunes talents et d'experts-, la baisse des moyens depuis 2008 varie de moins 33 à moins 50 pour-cent, voire conduit à la disparition de pans entiers de notre coopération.».

Le groupe de diplomates anonymes titrait leur premier communiqué «La voix de la France a dis-

paru dans le monde». Mais la France a-t-elle encore une voix à porter? L'engagement précipité dans cette guerre mal préparée en Libye montre les faiblesses d'une grenouille qui veut se faire plus grosse que le bœuf: le Général Didier Bolelli, directeur du renseignement militaire, a révélé dans *Le Nouvel Observateur* que si Français et Britanniques réalisent la majorité des frappes, plus de 80 pour-cent des cibles affectées aux pilotes français en Libye étaient désignées par les services américains. Si la diplomatie française nécessite d'être revue tant sur le fond qu'en terme de moyens, elle semble surtout avoir besoin d'une certaine cure d'humilité.

Ci-dessus,
la Libye – une
pièce du puzzle
mondial. Source:
istockphoto.

Pascal Scheiwiller

Fait les études de Science Politique (BA),
Université de Zurich

Der Mythos der Wasserprivatisierung

Italiens Bürger wehrten sich unlängst erfolgreich gegen eine Privatisierung italienischer Wasserbetriebe. Kathrin Lehner nimmt dies zum Anlass, um über die Privatisierung des englischen Wassersektors der Ära Thatcher zu reflektieren, welche verheerende Auswirkungen auf wirtschaftlich schwächere Gesellschaftsschichten hatte.

Aufgrund des grossen Widerstandes der italienischen Bevölkerung wurde die vom italienischen Parlament bereits beschlossene, landesweite Privatisierung italienischer Wasserbetriebe im letzten Moment verhindert. Konsumentenschutzverbände und Umweltorganisationen sowie 150 Gemeinden und Provinzen haben sich an der Unterschriftensammlung des speziell gebildeten Referendumskomitees aktiv beteiligt. Dieses Engagement erwies sich als wirkungsvoll: In knapp zwei Monaten wurden 1,4 Millionen Unterschriften gegen den Parlamentsbeschluss gesammelt, worauf dieser dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. Mit einer Mehrheit von über 96 Prozent wurde die Privatisierung am 13. Juni 2011 in aller Deutlichkeit abgelehnt.

Glücklicherweise liess sich die italienische Bevölkerung diesmal von ihrer Regierung nicht beirren, sondern verliess sich auf ihr eigenes Gewissen. Denn wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, kann eine Privatisierung im Bereich Wasser verheerende Folgen für die Konsumenten haben. So auch in England, wo während der Privatisierungswelle der 1980er Jahre alle Wasserbetriebe von England und Wales vollends privatisiert wurden. Die damals hochgelobten Marktmechanismen scheiterten in diesem Sektor aber kläglich. Die privatisierten Betriebe müssen sich vor allem eine schwache ökonomische Leistung sowie fehlende Sozialverantwortung gegenüber den Konsumenten vorwerfen lassen.

EINE HANDVOLL GEWINNER

Nachdem im Jahr 1979 die liberal-konservative Regierung unter der Leitung von Margaret Thatcher an die Macht kam, wurde der Einfluss des Staates in England Schritt für Schritt zurückgedrängt. Unzählige nationale Industrien wurden privatisiert, unter der Annahme, der freie Markt würde in der Lage sein, eine effizientere Versorgung zu gewährleisten. Unter Thatchers Privatisierungsdruck kamen nicht zuletzt die zehn Wasser- und Abwasserunternehmen von England und Wales, welche je für ein bestimmtes Versorgungsgebiet verantwortlich sind.

Sie koordinieren bis heute die Wasserbeschaffung, -aufbereitung und -lieferung sowie die gesamte Abwasserbehandlung und -entsorgung in ihrem Versorgungsgebiet. Im Jahr 1989 wurden diese zehn Betriebe komplett privatisiert, mit dem Versprechen, durch diesen Schritt deren Effizienz und Produktivität zu steigern, die Qualität zu fördern sowie private Investoren anzuziehen. Die Unternehmen sollten durch eine unabhängige Regulierungsbehörde gelenkt werden und möglichst frei von staatlichen Einflüssen sein. Die hierfür gegründete Regulierungsorganisation Ofwat wurde für das Monitoring der Wasserunternehmen zuständig und erhielt die Verantwortung für deren finanzielle Performance. Noch heute setzt sie alle fünf Jahre die Obergrenze der Wasserpreise fest, welche die einzelnen Unternehmen den Verbrauchern maximal verrechnen dürfen.

Ofwats Aufgabe besteht in erster Linie darin, sicherzustellen, dass sich die Wasserfirmen mit ihrem Einkommen selber finanzieren können und sich nicht auswärtig verschulden. Ziel sollte es sein, die jährlichen Ausgaben mittels der Einnahmen zu decken, ohne die Wasserpreise unnötig anzuheben. Die Neuregelung hatte jedoch zur Folge, dass die Wasserpreise unter Ofwats Aufsicht masslos gestiegen sind. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Ofwat bemisst die Wasserpreise nicht eigenständig, sondern aufgrund der kalkulierten Kapitalaufwände und Betriebskosten, welche die Wasserunternehmen ihrerseits für sich selbst berechnen. Doch wie sich herausstellte, kalkulierten die Unternehmen im Vorhinein bewusst grosszügig, tätigten dann aber viel weniger Ausgaben als angegeben. Eine beabsichtigte Fehlkalkulation lässt sich den Unternehmen freilich nicht nachweisen. Fakt ist aber, dass die Unternehmen in den ersten Jahren nach der Privatisierung ihre Betriebsgewinne um ein Vielfaches vermehrten, indem sie die Ausgaben gegenüber ihrem Budget reduzierten.

Auch im internationalen Vergleich erwiesen sich die Gewinnmargen der englischen Wasserunternehmen als äusserst hoch. Sie verbuchten Ende der 1990er Jahre durchschnittlich mehr als doppelt

so hohe Gewinne als die anderer europäischer Länder. Die überschüssigen Finanzen wurden vorrangig für die Finanzierung horrender Managerlöhne und die Auszahlung von Dividenden verwendet. Die Wasserpreise dagegen stiegen zur Empörung der Öffentlichkeit noch weiter an. Die konservative Tageszeitung *Daily Mail* sprach in ihrer Verärgerung sogar vom «grössten Raubzug [...] der Geschichte». Nicht nur national, sondern auch im internationalen Vergleich erwiesen sich die Wasserpreise als horrend. Mitte der 1990er Jahre waren die Wasserpreise Englands fast drei Mal höher als die von Schweden und entsprachen dem Doppelten des benachbarten Schottlands. Zwar hatten auch neue EU-Standards in England dazu beigetragen, dass die Wasserfirmen

Während die Konsumenten massiv höhere Wasserkosten zu tragen hatten, beliefen sich die Investitionen und Qualitätsanforderungen der Wasserfirmen auf ein Minimum.

ihre Investitionen erhöhen mussten, für die gestiegenen Wasserpreise ausschlaggebend waren sie aber nicht. Erst nach der Jahrtausendwende, als Ofwat realisierte, dass die Unternehmen faktisch mit weniger Finanzen auskamen, hatten sich die Wasserpreise etwas normalisiert. Damit sind auch die exzessiven Betriebsgewinne moderater geworden.

Entgegen den Versprechungen konnte die Produktivität, die Kosteneffizienz sowie die Wasser- und Umweltqualität durch die Privatisierung nicht verbessert werden. Zudem wurden nicht genü-

gend Investitionen getätigt, um die bereits gelegten Wasser- und Abwasserleitungen langfristig aufrechtzuerhalten, was auch das zuständige parlamentarische Komitee im Jahr 2000 zu bedenken gab. Die Investitionsleistungen stiegen zwar, nominal gesehen, nach der Privatisierung weiter an, prozentual liess sich jedoch ein Rückgang in der jährlichen Wachstumsrate der Investitionen um zwei Drittel beobachten. Bedenkt man, welche Privilegien und Preisreduktionen die Wasserfirmen bei der Privatisierung erhielten, verschärft sich das Bild eines unverantwortlichen Umgangs mit öffentlichen Ressourcen. Zum einen garantierte 1989 die Regierung Thatcher den Firmen einen Verkaufspreis, welcher 22 Prozent unter dem Marktwert lag. Zum anderen erliess sie den Käufern die gesamten Schulden der staatlichen Wasserbetriebe von 5 Milliarden Pfund. Zusätzlich wurden die Wasserfirmen mit einem «green dowry» von 1,5 Mrd. Pfund ausgestattet, um den EU-Umweltanforderungen Folge leisten zu können. Diese öffentlichen Gelder allein machen bereits ein Drittel der gesamten Investitionsleistungen der Wasserunternehmen in den ersten zehn Jahren nach der Privatisierung aus. Dazu kamen noch Steuererlasse von 7,7 Mrd. Pfund, wobei Ofwat zusätzlich mit einer grosszügigen Preisregelung diente.

Während die Konsumenten massiv höhere Wasserkosten zu tragen hatten, beliefen sich die Investitionen und Qualitätsanforderungen der Wasserfirmen auf ein Minimum. Die Unternehmen hatten keinen Anreiz die Wasserqualität zu steigern, respektive qualitätsfördernde Massnahmen zu ergreifen. Druck für qualitative Verbesserungen wurde einzig von Sei-



Bild rechts:
Wasser –
mehr als eine
gewöhnliche
Ware. *Fotografie:*
Eliane Lehner.

ten der Europäischen Union ausgeübt. Die Privatisierung hatte also nicht zu einer verantwortungsvollen Haltung gegenüber den Konsumenten geführt, sondern zu einer masslosen Überteuerung.

EIN GROSSER VERLIERERKREIS

Von den gestiegenen Wasserpreisen besonders hart betroffen waren die Konsumenten ärmerer Schichten. Für sie waren die Wasserrechnungen plötzlich nicht mehr finanzierbar. Auf staatliche Subventionsleistungen hofften sie vergeblich. Nicht zahlende Kunden wurden von den Unternehmen mit Versorgungsstopps sanktioniert, was die Öffentlichkeit sowie Konsumentenschützer alarmierte. Aus Imagegründen waren die Wasserfirmen sodann gezwungen, damit aufzuhören, Konsumenten von der Wasserzulieferung abzukoppeln. Ersatzweise begannen die Unternehmen in finanziell schwachen Haushalten *Prepaid*-Wasserzähler zu installieren. Mit dieser Neuerung waren die betroffenen Konsumenten genötigt, ihr Wasser zu bezahlen, bevor sie damit beliefert wurden. Die Unternehmen hatten den Vorteil, dass sie keine Schulden mehr eintreiben mussten, da zahlungsunfähige Konsumenten von nun an ihren Wasserverbrauch eigenständig reduzierten. Dies wurde getan, indem sie die Anzahl Spühl- und Waschvorgänge reduzierten und ihre tägliche Körperpflege einschränkten. Während die Unternehmen von der Neuregelung profitierten, litt die Bevölkerung einmal mehr unter dem Regulierungsdefizit des Sektors. Gewiss standen in England auch die grassierenden, gesundheitlichen Probleme der 1990er Jahre im Zusammenhang mit der verminderten Wasserkonsumation.

Ofwat hatte gegen Probleme dieser Art nur wenig auszurichten. In sozialpolitischen Fragen hielt sie sich zurück, denn ihr Auftrag war es nicht, sich um das gesellschaftliche Wohl der Konsumenten zu kümmern. Die Regulierungsbehörde fühlte sich lediglich dafür verantwortlich, die betrieblichen Erfolge der Wasserunternehmen zu fördern und deren Finanzierung sicherzustellen. Sozialpolitische Erfolge konnten erst erreicht werden, als die Regierung sich der Problematik annahm und ein gesetzliches Rahmenwerk ausarbeitete. Das Resultat, der sogenannte *Water Act* von 1999, war ein Meilenstein in der Geschichte der englischen Wasserversorgung und ausschlaggebend für die Beseitigung der schwerwiegendsten Konsequenzen und Missbräuche seit der Privatisierung.

STAATLICHE REGULIERUNG: NOCH NICHT OBSOLET

Nicht zum ersten Mal hat sich gezeigt, dass es eine staatliche Aufsicht benötigt, um eine gewissenhafte Wasserversorgung zu gewährleisten. Unabhängige Regulierungsorganisationen und private Unternehmen sind nicht dazu imstande, eine solch verantwortungsvolle Aufgabe zu meistern. Im Falle Englands hat sich eine Privatisierung nicht nur deshalb als eine

wenig befriedigende Regelungsform herausgestellt, weil sich die finanzielle Performance des Wassersektors nicht verbessert hat, sondern auch da die privatisierten Unternehmen nicht fähig waren, eine moralisch annehmbare Wasserpolitik zu gewährleisten. Der Misserfolg der privatisierten Wasserversorgung liegt nicht zuletzt in der Struktur dieses Sektors. Im Bereich Wasser ist der für das Funktionieren von Marktmechanismen grundlegende Wettbewerb praktisch nicht vorhanden, wie die Weltbank mit

Der Misserfolg der privatisierten Wasserversorgung liegt nicht zuletzt in der Struktur dieses Sektors. Im Bereich Wasser ist der für das Funktionieren von Marktmechanismen grundlegende Wettbewerb praktisch nicht vorhanden.

Blick auf England bestätigte. Dies trägt dazu bei, dass durch eine Privatisierung auch nicht von einer verbesserten Performance der Unternehmen ausgegangen werden.

Viel besser für eine Reform in diesem Sektor ist die Schaffung angemessener Regulierungsmechanismen und die Bildung von Gesetzen, welche eine effiziente, kostengünstige und sozial gerechte Versorgung gewährleisten können. Dies sollte auch im Falle Italiens berücksichtigt werden. Erfreulicherweise konnte die italienische Bevölkerung die Privatisierung bis anhin verhindern. Nun lässt sich hoffen, dass eine sowohl finanziell als auch sozial tragbare Lösung gefunden werden kann.

Kathrin Lehner
Studiert Politikwissenschaft (BA),
Universität Zürich

Deutschland, Europa und die Welt

Um auf lange Sicht Unterstützung für das Projekt der europäischen Integration innerhalb der Bevölkerungen des Kontinents zu sichern, muss die Wichtigkeit dieses Unterfangens betont werden. Deutschland muss hierbei voran gehen, argumentiert Sebastian Müller.

Die Frage, welche Position Deutschland für sich im Europa der Zukunft anstreben soll oder kann, ist seit Beginn der Eurokrise nicht nur in der deutschen Pres-selandschaft Thema vieler Leitartikel. Leider wird der Fokus dabei allzuoft auf die aktuellen Ereignisse rund um die Rettung der gemeinsamen Währung gelegt. Eine Diskussion der fundamentalen Motive deutscher Europapolitik bleibt jedoch meist aus. Die Frage, ob und wie weit sich ein Deutschland des 21. Jahrhunderts weiter auf Europa einlassen soll, wird nur peripher betrachtet, wobei man sich meist mit der Erwähnung wachsender Euroskepsis im Lande begnügt. Immer grössere Teile der Bevölkerung scheinen sich über die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges nicht mehr sicher zu sein. Astronomische Geldsummen für vermeintlich faule Mittelmeerstaaten und weitere Kompetenzen für ein demokratisch

die politische Klasse Deutschlands jedoch weiterhin auf die Argumentation des Friedens, welcher durch die europäische Integration garantiert wird. Dabei schwingt zumindest indirekt die Warnung mit, dass man ohne immer weitergehendes Engagement Deutschlands, in die dunkelsten Kapitel der eigenen Geschichte zurückkehren werde. Dass der Frieden innerhalb der EU auch ohne sich ewig verstärkende Integration gefährdet sei, muss jedoch nicht nur dem Schüler und der Studentin äusserst unwahrscheinlich erscheinen.

Wie also soll Deutschland sich in Zukunft ausrichten? Gibt es nur die Dichotomie neuer Nationalisierung europäischer Staaten, gegenüber einer Integration bis hin zu den «Vereinigten Staaten von Europa»? Und wie begeistert man das deutsche Volk für das Europa von morgen?

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass jede Idee von vollständiger Renationalisierung angesichts der bereits fortgeschrittenen Integration als utopisch – oder je nach Blickwinkel auch dystopisch – betrachtet werden muss. Auch der politische Wille in der Bevölkerung zu solch extremen Schritten kann bezweifelt werden. Trotz steigender Skepsis gegenüber Europa sind die meisten politischen Parteien, welche sich dezidiert für die Auflösung oder zumindest Ausdünnung der EU aussprechen, in den meisten Ländern nur begrenzt erfolgreich. Auch wenn Erfolge rechtspopulistischer Parteien, wie kürzlich das starke Abschneiden der «Wahren Finnen», in der Presse grosse Aufmerksamkeit finden, so bleiben sie doch, europaweit betrachtet, begrenzt. Für Deutschland, dessen aktuelle Politikergeneration es zum grössten Teil offenbar für deutsche Staatsräson hält Europa weiter zu einen, kommt ein solcher Schritt ohnehin nicht in Frage. Wie erwähnt ist damit jedoch langfristig keineswegs gesichert, dass sich die Bundesrepublik nicht zunehmend von Europa abwendet.

GEMEINSAM GEGEN DEN ABSTIEG

Ein neues Konzept davon wie Europa aussehen soll, wohin die Reise geht und wie Deutschland sich auf

Die Generation, welche das zukünftige Europa gestalten wird, braucht neue Antriebe für europäische Integration.

nur bedingt legitimes Brüssel, sind nur einige der Ängste, die dabei eine Rolle spielen. Um in einem demokratischen Staat aber langfristig aussenpolitische Projekte zu verfolgen, muss auf diese Sorgen eingegangen werden.

GENERATION EUROPA

Wie Deutschland das zukünftige Europa und seine Rolle in ebendiesem gestaltet, ist somit nicht nur eine politische, sondern auch eine gesellschaftliche Frage. Die Generation, welche diese Zukunft gestalten wird, braucht neue Antriebe für europäische Integration. Dies gilt vor allem dann, wenn eine solche auf Kosten deutscher Kompetenzen geschieht. Geboren Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sind die Gefahr deutscher Hybris und das Gefühl persönlicher Schuld für sie, zurecht, weit weniger entscheidend. Es liegt demnach an der Politik von heute, selbst noch angetrieben durch eben jene Motive, der eigenen Jugend neue Ideale, neue Gründe für mehr Europa zu liefern. Zu oft beschränkt sich



diesem Weg verhalten soll, muss in der politischen Diskussion in Berlin eine grössere Rolle spielen. Nur dann können zukünftige Regierungen weiterhin auf die Unterstützung des deutschen Volkes für ihren Kurs hoffen. Ein Motiv drängt sich hier von selbst auf. Der Aufstieg neuer Mächte, vor allem Chinas und Indiens, macht es auf lange Sicht unausweichlich auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten, will man weiterhin am globalen Spiel der Mächte teilnehmen. Auch wenn Frankreich und Grossbritannien über ihren ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen überproportionalen Einfluss geniessen, sind sie doch einzeln betrachtet sowohl wirtschaftlich als auch militärisch seit langem vom eigenen Selbstanspruch weit entfernt. Deutschland kann hierbei, auch gerade *weil* es sich nicht mehr als Militärmacht sehen will und durch seine Position als stärkste Volkswirtschaft Europas, international zumindest wirtschaftspolitisch noch einigen Einfluss ausüben. Die anderen Staaten des Kontinents haben ohne ein geeintes Europa kaum noch Gewicht im neuen System der Mächte. Es ist nun die Aufgabe der Politik, diese Erkenntnis, mit all ihren Implikationen für die Zukunft, den Völkern der jeweiligen Länder verständlich zu machen. Deutschland, in jeder Hinsicht im Zentrum Europas, kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Dass eine neue grosse Erzählung von der Bedeutsamkeit eines geeinten Europas, sofern sie denn zustande kommt, zur Auflösung der Nationalstaaten führt, ist zum jetzigen Zeitpunkt wohl ebenso unwahrscheinlich wie der Rückfall in das Europa von

1945. Die delikate Problematik der Abgabe aussenpolitischer Kompetenzen stellt momentan offenbar die Grenze dessen dar, was die Staaten an Souveränität aufzugeben bereit sind. Die im Vertrag von Lissabon geschaffenen Institutionen und Ämter scheinen nur begrenzt wirkungsvoll.

Es bleibt also zu konstatieren, dass die notwendige Einigkeit Europas solange eine Vision bleibt, bis die Völker der einzelnen Nationalstaaten ein echtes Verständnis vom eigenen Abstieg haben. Erst dann könnte sich die öffentliche Meinung so stark ändern, dass auch grössere Kompetenzabgaben angenommen, oder sogar gefordert werden. Langfristig ist somit die Überzeugung der eigenen Bevölkerung, mit neuen Idealen und demographischen Realitäten, das vielleicht wichtigste Projekt der Europapolitiker von heute. Deutschland muss hierbei, wie so oft, voran gehen.

Sebastian Müller
Studiert Politikwissenschaft (BA),
Universität Zürich

Bild oben:
Schlechtwetterlage im Europakurs. Flaggen vor dem deutschen Reichstag.
Fotograf: Florian Zwangslleitner.

Dietro le quinte del Parlamento Europeo

Lavorare per un'istituzione Europea: Alina Matachè ci introduce dietro le quinte del Parlamento Europeo, raccontandoci del suo lavoro come assistente parlamentare a Bruxelles.

Il Parlamento Europeo è un'istituzione unica al mondo, una torre di Babele costruita sulla volontà dei cittadini europei di lavorare insieme, conoscersi e percorrere un cammino comune. L'infinita letteratura sull'integrazione sociale, politica ed economica del nostro continente non eguaglia un'esperienza diretta tra le mura dei palazzi Altiero Spinelli, Henry Spaak, Willy Brandt e Jozsef Antall, che permettono di rivivere ogni giorno la sua storia.

Lavorare al Parlamento Europeo, come assistente europarlamentare, significa vivere in funzione dell'istituzione stessa, soprattutto se si è uno dei mille giovani provenienti dai ventisette paesi. Il lavoro è un impegno costante, «a chiamata», che richiede una disponibilità che va spesso fuori da un normale orario. Tutto questo è motivato dalla voglia di far parte di un progetto europeo in continua costruzione, assaporare quotidianamente un ambiente internazionale e sentirsi in competizione con se stessi, per raggiungere determinati traguardi. Nondimeno, ci sono anche buoni incentivi economici, agevolati dall'adozione nel 2008 dello Statuto degli Assistenti. Lo Statuto ha portato alla distinzione di due figure: «l'assisten-

Nonostante le possibili varianti nella distribuzione dei ruoli, lo scopo ultimo e finale sempre lo stesso per tutti: organizzare la vita dell'eurodeputato.

te locale», che lavora nella circoscrizione elettorale con un contratto stipulato in base al diritto nazionale dello Stato membro, e «l'assistente accreditato» presso il Parlamento, con contratto gestito direttamente dall'istituzione medesima. Quest'ultima figura vive e lavora a Bruxelles, salvo che durante la settimana di Strasburgo, dove l'immenso ingranaggio burocratico deve spostarsi per votare i rapporti in plenaria, precedentemente adottati in commissione. È un lavoro personale che si basa su una relazione diretta con il MEP, acronimo inglese di membro del Parlamento Europeo, e come in ogni rapporto diretto e interpersonale, la chimica e il buon feeling tra il datore di lavoro e il lavoratore risulta essenziale.

La principale funzione di un assistente è organizzare la vita del proprio capo con intraprendenza, pazienza e tanta fantasia. Si inizia la mattina tra le 8.30 - 9.00 in funzione dell'inizio della riunione della propria commissione. Si ha mezz'ora per controllare le migliaia di mail, prendere sottobraccio l'agenda del giorno, e volare insieme al proprio deputato verso la sala riunioni, il telefono praticamente sempre a portata di mano, poiché un messaggio richiedente uno specifico documento potrebbe sempre arrivare. Un europarlamentare ha diritto di assumere fino a tre persone per l'ufficio di Bruxelles e per un'efficienza organizzativa i ruoli vengono quasi sempre distribuiti tra colui che fa da consigliere politico, uno che si occupa dell'agenda specifica del deputato e colui che intrattiene i rapporti con la propria circoscrizione elettorale. La distribuzione dei ruoli potrebbe anche variare in base al lavoro delle commissioni delle quali l'onorevole fa parte, in modo che ognuno possa acquisire una competenza specifica. Nonostante le possibili varianti nella distribuzione dei ruoli, lo scopo ultimo e finale sempre lo stesso per tutti: organizzare la vita dell'eurodeputato.

Una riunione della commissione dura in media tre ore e mezza e iniziano dal lunedì del pomeriggio al giovedì mattina. Si aggiungono poi i gruppi di lavoro con i rispettivi partiti politici, che avvengono di norma un'ora prima della commissione stessa, in modo da avere chiaro quale direzione politica dare a uno specifico dossier. Generalmente i deputati europei sono leali verso proprio partito politico, ma ci sono anche evidenti casi in cui il voto si decide in base all'interesse nazionale. Un esempio eclatante riguarda il dossier sul Kosovo: i parlamentari dei cinque paesi che non riconoscono l'indipendenza del Kosovo (Romania, Spagna, Cipro, Grecia e Slovacchia), prescindendo dell'appartenenza al Partito Popolare Europeo o al Partito dell'Alleanza Progressista dei Socialisti e Democratici, voteranno congiuntamente contro tutto gli emendamenti che potrebbero riconoscere l'autorità nazionale Kosovara.

Durante una stessa giornata lavorativa, oltre alle riunioni di commissione, con i propri partiti politici



si aggiungono poi i brevi appuntamenti con gli ambasciatori, lobbisti e varie ONG. Le riunioni avvengono nello stesso ufficio del deputato o anche in uno dei tre bar del Parlamento. Gli assistenti partecipano, prendono appunti e in caso inviano in comunicato stampa dell'avvenuta riunione.

L'eurodeputato deve anche intrattenere i rapporti con la sua circoscrizione e, di conseguenza, egli ha diritto di invitare fino a 110 visitatori a Bruxelles, finanziati dal Parlamento Europeo: un modo per avvicinare i cittadini alle istituzioni europee. I gruppi di visitatori comprendono persone che possono essere attivisti di partito, o studenti liceali e universitari di scienze politiche. Prendersi cura di un gruppo di visitatori rientra sempre nei compiti dell'assistente europarlamentare e spesso volte si arriva a fare la guida turistica della città, del Parlamento, o l'agente di viaggio prenotando alberghi, ristoranti e mezzi di trasporto.

La parte politica del lavoro consta nel seguire il processo legislativo dei rapporti, redigere emendamenti sull'indicazione dell'eurodeputato, preparare i *briefing* e *speaking notes*. Il deputato può coprire il ruolo di relatore principale o relatore ombra: Il relatore principale ha il compito di redigere il rapporto stesso, con l'aiuto del segretariato della commissione, decidere i tempi limite per la deposizione degli emendamenti, diventa la persona di contatto per i funzionari della Commissione, per le lobby le ONG che vorranno dare il loro contributo sul tema del rapporto. Il relatore ombra invece deve seguire la redazione del rap-

porto, informare il proprio gruppo politico sulla linea da seguire, deporre emendamenti e cercare di negoziare il più possibile soprattutto circa gli emendamenti di compromesso che prendono vita dopo intense ore di negoziazione diplomatica in uno dei bar del Parlamento.

Il bar diventa quindi il luogo prediletto per negoziare, per incontrare le lobby o semplicemente fare *network*, parola chiave di Bruxelles. Si può tranquillamente dire che ampliare le proprie conoscenze nelle istituzioni europee sia una delle chiavi per raggiungere il successo: è una caccia all'informazione ma che

Si può tranquillamente dire che ampliare le proprie conoscenze nelle istituzioni europee sia una delle chiavi per raggiungere il successo.

a volte diventa anche la caccia all'uomo dando poi, in certi casi una nota di superficialità ai rapporti interpersonali.

Dal 2009, in seguito all'entrata in vigore del Trattato di Lisbona, il Parlamento Europeo ha acquisito una posizione paritaria rispetto al Consiglio (organo di rappresentanza degli stati membri) grazie all'istituzione della procedura legislative ordinaria in vari ambiti come governance economica, agricoltura e pesca, immigrazione, energia, trasporti, ambiente, protezione dei consumatori, giustizia e affari interni, salute e fondi strutturali, ecc. Per quanto riguardo

Immagine sinistra:
Il posto di lavoro di Alina Matachè.
Fotografia: Alina Matachè.

la politica internazionale, si svolge tuttora una lotta continua per disegnare una linea coerente, compito che grava sull'Alto Rappresentante per la Politica Estera, coadiuvata dal Servizio europeo di azione esterna. Tuttavia l'Unione Europea ha propria personalità giuridica e gli Stati membri possono firmare accordi internazionali solo se compatibili con la normativa comune.

Dunque il Parlamento Europeo ha un potere limitato per quanto riguarda la politica estera. Può formulare raccomandazioni all'Alto Rappresentante e quest'ultimo deve consultare regolarmente il Parlamento europeo sugli aspetti principali e le scelte di base della PESC (politica estera e di sicurezza comune) e garantire che le opinioni del Parlamento siano prese in considerazione. La mancanza del potere legislativo, è compensata dall'esercizio delle funzioni legislative e di bilancio che il Parlamento Europeo esercita insieme al Consiglio.

La Commissione degli affari esteri (AFET) ha il compito di esprimersi sulla politica estera dell'Unione ed è assistita anche da una sottocommissione per la sicurezza e difesa (SEDE). L'organo decisionale della commissione l'ufficio AFET allargato, composto dai quattro vicepresidenti del Comitato più coordinatori dei gruppi politici. Tale *bureau* decide nel merito dell'assegnazione di rapporti e decisioni su audizioni delle delegazioni, approvate poi dalla Conferenza dei presidenti di commissione.

I rapporti sono assegnati sulla base di un sistema

di non legislativi basati sull'iniziativa del deputato ed a rapporti di monitoraggio, come ad esempio sull'esportazione di armi.

In conclusione, il lavoro di assistente europarlamentare implica anche mantenere un contatto diretto con le varie segreterie, seguire i processi legislativi di più rapporti contemporaneamente, aggiornare costantemente l'agenda dell'eurodeputato, partecipare a conferenze, cercare di districarsi con tre o quattro lingue straniere ma anche venire incontro a diverse mentalità e culture. Tutto questo rientra in un speciale modo di vita che ti prende a trecentosessanta gradi, che volte di porta a sacrificare un po della tua vita privata ma che è appassionante e ti fa crescere giorno dopo giorno.



Immagine destra: I Parlamentari durante una votazione. *Fotografia:* Alina Matachè.

di punti. Ogni partito politico ha un certo numero di punti, in funzione della sua grandezza, da «spendere sull'acquisto dei rapporti», i quali a loro volta hanno un certo «prezzo», ossia valgono un «certo numero di punti». Per esempio il rapporto sull'allargamento è il più caro e costa 4 punti mentre le raccomandazioni sulla politica estera costano solo 2 punti. In conclusione la commissione ha diritto a sei rapporti d'iniziativa legislativa considerati rapporti automatici, ad un certo numero di rapporti strategici di risposta alle iniziative legislative della Commissione, a rappor-

Alina Matachè

Studiare a Université Libre de Bruxelles – Institut d'Etudes Européennes (MA)

Moral am Boden

Manouchebr Shamsrizi reflektiert über die politische Relevanz von Boden und die westliche Verantwortung, wenn es um die Ausbeutung dessen Rohstoffe geht.

Als die junge Quäkerin Elizabeth Magie Phillips im März 1903 ihr finales Werk betrachtete, muss sie – soweit dürfen wir wir vermuten – Hoffnung empfunden haben. Das Brettspiel, das sie entworfen hat, war mehr als reiner Zeitvertreib, sondern hatte vielmehr eine gesellschaftspolitische Botschaft: Die unregulierte Besitznahme von Land ist eine Gefahr für Freiheit und sozialen Frieden, denn eine solche Situation trägt unweigerlich monopolistische Tendenzen in sich. Die überzeugte Anhängerin der Wirtschaftslehre von Henry George gab ihrem Spiel den euphemistischen Titel «*The Landlord's Game*», später wurde es unter dem Namen «*Monopoly*» bekannt.

BODEN IN OSTAFRIKA ...

Die Erkenntnis der Wichtigkeit von Land und Boden ist demnach nicht neu, sie ist in der Arena politisch Handelnder und politischer Analysten jedoch lange in Vergessenheit geraten, ehe sie uns ihre Existenz in den vergangenen Monaten schmerzhaft vor Augen geführt hat: In Somalia, Dschibuti, Äthiopien, Kenia und Eritrea führt der Mangel an fruchtbarem Boden, in Kombination mit einem bewaffneten Konflikt um die Rechte an ebendiesem, zu einer fortlaufenden humanitären Katastrophe. Diese Katastrophe ist nicht etwa eine unbeeinflussbare Gefahr, hervorgerufen durch die geographische Lage, sondern größtenteils ein Risiko im Sinne Niklas Luhmanns; die Katastrophe wäre in diesem Ausmaß nämlich vermeidbar gewesen, ist sie doch nicht Folge einer unwilligen Natur, sondern der mangelhaften gesellschaftlich-technologischen Vorbereitung auf klimatische Umstände, wie sich mit Nico Stehr leicht nachvollziehen lässt: einer aktiven Adaption die hier noch dringlicher scheint als in den Verursacherstaaten des Klimawandels. Notwendig ist dafür eine Unterstützung durch den Westen, was für diesen mit kaum spürbaren Einbußen verbunden wäre. Der für ostafrikanische Bauern, nicht aber europäische Technologie, unfruchtbare Boden ist also auch hässlicher Höhepunkt unserer ignorierten moralischen Verantwortung im Westen, dessen kollektiv-tiefenpsychologische Rationalisierung die nationalstaatliche Logik des «Selbst Schuld!» darstellt. Regierungen und ihre entwicklungspolitischen Instrumente verrechnen sehr bewusst die Kosten und bisherigen Erfolge und unterstützten die Ausbeutung des Bodens durch Gewährung des sogenannten

Rohstoffprivilegs, welches der Gerechtigkeitstheoretiker Thomas Pogge beschreibt: Wenn ein Ladendieb den Inhaber eines Geschäfts überfällt, ausraubt und das Diebesgut verkauft, dann erwirbt der sich dieser Umstände bewusste Käufer nicht das Eigentum an der Ware, sondern lediglich und offensichtlich den Besitz. Die Rechtsordnung manifestiert ein moralisches Empfinden, dass es nicht richtig sei etwas Gestohlenes zu kaufen und damit den Hintergrund einer unrechten Herkunft zu ignorieren. Wir ersetzen nun den Inhaber des Einkaufsladens durch eine

Die unregulierte Besitznahme von Land ist eine Gefahr für Freiheit und sozialen Frieden, denn eine solche Situation trägt unweigerlich monopolistische Tendenzen in sich.

legitimierte Regierung, den Dieb durch eine Gruppe von Putschisten, das gestohlene Gut durch die Rohstoffe des Bodens und den Käufer durch westliche Regierungen und multinationale Konzerne. An dieser Stelle, so Pogge, versagt das internationale Recht, denn es ignoriert unsere eben skizzierte moralische Logik: «Wer immer, gleichgültig mit welchen Mitteln, in einem solchen Land an die Macht kommt, kann seine Herrschaft selbst gegen den Willen der Bevölkerung aufrechterhalten, indem er die dafür benötigten Waffen und Soldaten mit Einkünften aus dem Rohstoffexport und mit Krediten auf künftige Rohstoffverkäufe finanziert. Das Rohstoffprivileg stellt in solchen Ländern einen starken Anreiz zur gewaltsamen Aneignung und Ausübung politischer Macht dar, wodurch es Putschversuche und Bürgerkriege verursacht».

... IN ENGLAND ...

In London brannten im August dieses Jahres ganze Stadtteile. Wir erlebten den Aufstand ehemals rivalisierender Jugendgruppen in einer vereinten und gewalttätigen Protestaktion gegen ... was eigentlich? Die Bilder erinnern mehr an brennende Pariser Vorstädte von 2005, als an die Unruhen in Kairo oder Tel Aviv, die parallel verliefen. London und Paris haben tatsächlich eine Schnittstelle der öffentlich-intellektuell bekannten Begründung der Unruhen: In beiden Fällen treffen ausgeschlossene Jugendliche auf eine sozial selektive Gesellschaft, die ihnen den Aufstieg nicht ermöglicht. Vielmehr werden ihre Be-

werbungen schon bei der Betrachtung des Wohnorts des Absenders aussortiert. Damit spielt der Boden, in seinem Ausdruck als Stadtteil, eine Rolle, die er zuletzt in unserer tribalen Zeit gespielt hat: als «Fläche auf der Grenzen gezogen werden», so Dirk Baecker, und wird damit die Antwort auf konstituierende Fragen der Londoner und Pariser Gesellschaft, wenn der Stadtteil entscheidet wer sich wohin bewegen und wen ansprechen darf. Folgen wir Baecker, dann war die antike Gesellschaft die erste, die den Boden als selbstverständlich empfand, als Teil der kosmologisch- teleologischen Ordnung der Gesellschaft die sich schließlich auf dem Boden manifestiert. Für die Bewohner von Tottenham und den Banlieues ist ihre Empfindung von Boden nicht in der Moderne angekommen, der Schritt zum Boden als Bewegungsfläche und Strecke nicht vollbracht.

... UND IM NAHEN OSTEN

Im September ging der Klassiker der Geopolitik (der, wieder modernen, Wissenschaft des politischen Bodens) in die nächste Runde: Palästina beantragte bei

Die Jugend der Welt lebt eine bodenlose Moral, als Antwort auf den moralfreien Boden des vergangenen Jahrhunderts.

der Vollversammlung der Uno seine Anerkennung als Staat, unabhängig von Israel. Wie kaum eine andere ist die Grenzziehung zwischen Palästina und Israel ein Beispiel dessen was Parag Khanna in seinen Skizzen einer «*boarderless world*» als Herausforderung an die Geopolitik des 21. Jahrhundert beschreibt: nur wer die Grenzen des Nationalstaates der Logik des Bodens und seiner Rohstoffe gemäß zeichnet, schafft durch Boden den Frieden. Europas Boden, dessen Rohstoffe in boden- und staatenlose Wortschöpfungsketten eingebunden sind, ist demnach Vorbild

für zukunftsfähige *Governance* der Regionen; falls, so möchte man Sloterdijk in Erinnerung rufen, Europa's Geopolitik erwacht, und solange das erst zweite Jahrhundert des Nationalstaates andauert, das ich nicht vermissen werde.

Ob Elizabeth Magie Phillips zufrieden sein kann, mit ihrem Einfluss und der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mensch und Boden lässt sich kaum sagen. Ich vermute sie wäre es nicht. Sie bräuchte aber den Optimismus nicht zu verlieren – die Menschlichkeit wächst nur wenig langsamer als die moralfreie Besiedelung des Bodens. Jeremy Rifkin nennt es die Globale Empathie, und diese scheint dank Sozialen Medien zügig Boden zu gewinnen. Die Jugend der Welt lebt eine bodenlose Moral, als Antwort auf den moralfreien Boden des vergangenen Jahrhunderts.

Boden gewinnen ohne Monopole wachsen zu lassen. Phillips muss nicht gänzlich enttäuscht sein. Sie hat sich vielleicht nur im Adressaten geirrt.

Manouchehr Shamsrizi

Studiert *Public Management & Governance* (BA),
Zeppelin University



Bild rechts:
Illustration.
Fotografin:
Andrea
Gassmann.

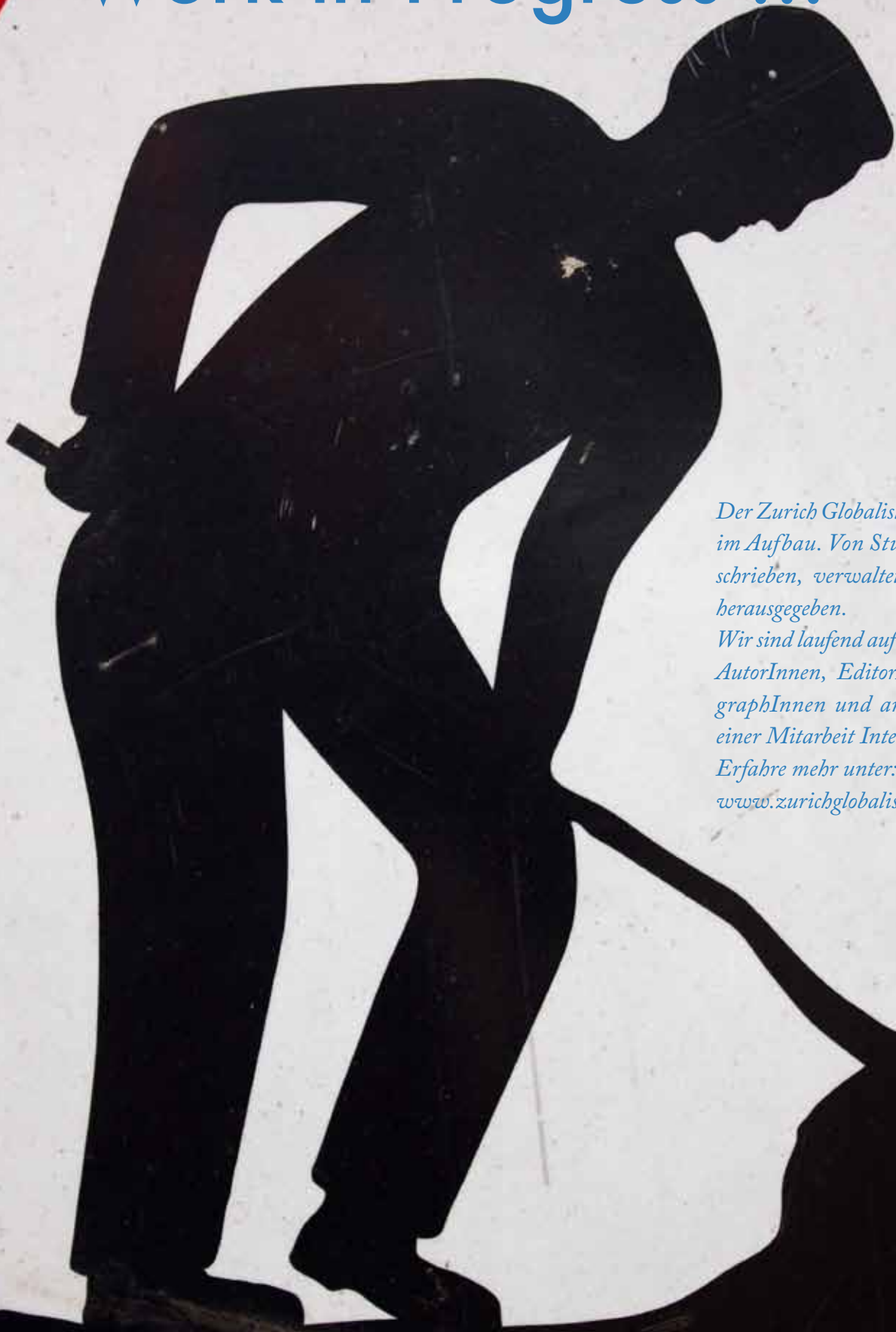
Impressionen



Die *Occupy* Bewegung, die in New York ihren Anfang hatte, fand ihren Weg auch in die Schweiz. Am 15. Oktober wurde der Zürcher Paradeplatz, Sitz der zwei grössten Schweizer Banken, «besetzt». Der Zurich Globalist hat sich davon ein Bild gemacht.

Fotograf: Nikola Ciganović

Work in Progress ...



Der Zurich Globalist ist ein Projekt im Aufbau. Von Studierenden geschrieben, verwaltet, editiert und herausgegeben.

Wir sind laufend auf der Suche nach AutorInnen, EditorInnen, PhotographInnen und anderweitig an einer Mitarbeit Interessierten.

Erfahre mehr unter:

www.zurichglobalist.uzh.ch

sen oder weltanschaulichen Bekenntnisses. Sie ist in dem Verbot der Benennung von religiösen oder weltanschaulichen Anschauungen (Artikel 3 Absatz 3 GG), in der Glaubens-, Gewissens- und Gewirksamkeitsunabhängigen Zugangs zu öffentlichen Ämtern (Artikel 33 Absatz 3 GG) und in der Verbindung mit Artikel 136 und 137 Weimarer Reichsverfassung gewährleistet. Sie verbietet jede Diskriminierung und Privilegierung von religiösen oder weltanschaulichen Gruppen im laizistischen Staat mit völliger Trennung von Staat und Kirche. Die Verpflichtung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 16. 5. 1995) die Anbringung von Kreuzen an öffentlichen Gebäuden und Tragen religiöser Kleidung im Dienst (z. B. islamisches Kopftuch) durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verpflichtet den Staat gegenüber den Vereinigungen auf Arbeitgeber- und Arbeitskämpfen. Die Rechtsordnung darf dem Grundsatz der Parität von Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht entgegenstehen. Neutralität die Nichtbeteiligung eines Staates an einem Krieg oder sonstigen militärischen Handlungen des neutralen Staates und der Krieg Führenden ergeben sich im Wesentlichen aus dem Grundsatz der Neutralität des neutralen Staates einschließlich des Luftraums und der Territorialgewässer gegenüber dem Kriegführenden. Der Einmarsch von Truppen oder Militärkolonnen einer Kriegführenden Partei in das Territorium des neutralen Staates, der Kriegführenden, respektieren, soweit er nicht in der Zufuhr von Kriegsbedarf besteht.

www.zurichglobalist.uzh.ch

keit verpflichtet, die allerdings keine Pflicht zur Neutralität der Gesinnung (Artikel 3 Absatz 3 GG) zu verletzen. Kriegsschiffe der Kriegführenden dürfen sich innerhalb des Territoriums des neutralen Staates aufhalten und dort weder mit Kriegsbedürfnissen versehen noch in andere Weise unterstützt werden (Artikel 33 Absatz 3 GG). Die dauernde Neutralität eines Staates ist der zu einer besonderen völkerrechtlichen Verpflichtung gegenüber dem Kriegführenden. Sie schließt militärische Rüstung und Selbstverteidigung unter bestimmten Voraussetzungen zum Kriegseintritt zwingen, und mit der Neutralität des neutralen Staates ist die Neutralität des neutralen Staates im Sinne der völkerrechtlichen Ansicht trotz der möglichen Beteiligung an Sanktionen mit der dauernden Neutralität des neutralen Staates nicht vereinbar. Die dauernde Neutralität des neutralen Staates ist seit Jahrhunderten, deutlich seit 1648, eingehaltene Maxime der eidgenössischen Neutralität. Sie ist im Vertrag von Madrid vom 20. 11. 1815 anerkannt und garantiert, im Versailler Vertrag bekräftigt.